

www.fdp-bremen.de



**Arbeit.
Bildung.
Sicherheit.**

Wahlprogramm

der FDP-Bremen zur Bürgerschaftswahl 2007

FDP

B r e m e n

www.fdp-bremen.de

Arbeit.

Bildung.

Sicherheit.

**Wahlprogramm
der FDP-Bremen zur
Bürgerschaftswahl 2007**

Freie Demokratische Partei

Landesverband Bremen

Sandstraße 2

28195 Bremen

Tel.: 0421 / 222 7 222

Fax: 0421 / 342 145

info@fdp-bremen.de

www.fdp-bremen.de

Print: altmann-druck GmbH, Berlin

Inhalt

Grundsätzliches vorab	1
Mehr Verantwortung übernehmen.....	1
Arbeit	3
Arbeit für Bremen und Bremerhaven	3
Häfen, Logistik, Technologie – Stärken ausbauen – Chancen nutzen	6
Weniger Bürokratie – mehr Freiheit.....	9
Bildung	13
Kinder früh fördern.....	13
Kinder an die Hand nehmen	14
In der Schule – Leistung fordern und fördern	15
Gute Schule nimmt sich Zeit.....	18
Berufliche Ausbildung zukunftssicher gestalten	18
Mehr Eigenverantwortung für Hochschulen.....	19
Wissenschaft und Forschung: Unerlässlich für Bremens Zukunft	21
Kulturelles Leitbild Wissenschaft.....	21
Sicherheit	23
Sicherheit für die Menschen.....	23
Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit und ohne Freiheit keine Sicherheit	23
Die Polizeireform ist gescheitert – die Polizei muss effektiver organisiert werden	24
Kriminalitätsbekämpfung intensivieren	26
Kriminalitätsprävention ausbauen	27

Polizei muss präsent sein	28
Vollzugsdefizit beseitigen	28
Katastrophenschutz und Rettungsdienst verbessern.....	28
Küsten schützen	29
Justiz.....	30
Ohne Recht gibt es weder Freiheit noch Sicherheit.....	30
Für einen integrativen Justizvollzug	31
Für eine staatliche Kontrolle von Glücksspiel	32
Ein lebenswertes Bremen erhalten.....	35
Selbstständig bleiben	35
Mehr privat – weniger Staat	39
Zusammen stärker als allein	41
Zusammenleben	43
Beruf und Familie statt Beruf oder Familie	43
Recht auf anonyme Geburt verwirklichen.....	44
Lebenspartnerschaften	44
Arbeiten und Angehörige pflegen, muss zusammen möglich sein	45
Zusammenleben mit Zugewanderten – miteinander statt gegeneinander.....	45
Die Schwachen annehmen	46
Bei uns haben alle Generationen ihren Platz.....	47
Mehr Verantwortung für die Zukunft.....	49
Kultur ist Lebenselixier	51
Mehr Demokratie, mehr Bürgerbeteiligung.....	53
Stichwortverzeichnis.....	55

Grundsätzliches vorab

Mehr Verantwortung übernehmen

Die FDP bekennt sich zur Selbstständigkeit unseres Bundeslandes. Diese ist jedoch kein Selbstzweck. Kurze Wege, Entscheidungen vor Ort und der direkte Draht zur Bundespolitik sind von Vorteil für Bremen und Bremerhaven und ihre Bürger. Durch die Verschwendungen der rot-schwarzen Koalition in den zwölf Jahren ihrer Verantwortung ist die Selbstständigkeit unseres Bundeslandes in Gefahr. Obwohl die Freie Hansestadt Bremen in zehn Jahren rund 8,5 Milliarden Euro an Bundeshilfen erhalten und 1,75 Milliarden Euro aus Vermögensveräußerungen eingenommen hat, sind die Schulden weiter um mehr als 5 Milliarden Euro gestiegen. Sie betragen für das Land und seine Städte rund 14 Milliarden Euro. Die rot-schwarze Koalition hat zwölf Jahre lang erfolglos versucht, Bremen und Bremerhaven voranzubringen und dem Land und seinen Bürgern neue Perspektiven zu eröffnen. Rot-Schwarz ist daran gescheitert! Die Schuldenlast gibt künftigen Generationen kaum Chancen. Diese Chancen haben Union und Sozialdemokraten verspielt. Bremens Selbstständigkeit ist stärker gefährdet als je zuvor. Die Arbeitslosigkeit im Bundesland Bremen hat – trotz kurzfristiger Besserung – ein beklagenswertes Rekordniveau erreicht. Weil die Ausgaben von Rot-Schwarz nicht rechtzeitig an die Einnahmen angepasst wurden, wird in Zukunft der Sparzwang noch größer. Wäre früher gespart worden, stünde unser Bundesland jetzt besser da. Der rot-schwarze Senat muss zum Wohle unseres Landes abgewählt werden. Bremen und Bremerhaven verdienen eine bessere Regierung und eine bessere Politik für ihre Bürgerinnen und Bürger!

Die FDP steht für Freiheit und Verantwortung. Nur wer wirtschaftlich abgesichert ist, Zugang zu Bildung hat und in Sicherheit leben kann, der kann seine Freiheitsrechte verantwortungsvoll nutzen. Daher streiten wir mit unserer Politik für mehr Arbeit, mehr Bildung und mehr Sicherheit. So wollen wir mehr Freiheit für jeden von uns ermöglichen.

Arbeit

Arbeit für Bremen und Bremerhaven

Das Erwirtschaften des Lebensunterhalts für sich und seine Kinder ist Basis unserer Kultur. Wir Menschen definieren uns zu einem Gutteil über unsere Arbeit. Daher wird es die FDP nicht akzeptieren, wenn aufgrund verfehlter Politik immer mehr Menschen sich damit abfinden müssen, von Sozialhilfe und „Hartz IV“ zu leben.

Arbeitsplätze schaffen Unternehmerinnen und Unternehmer, nicht der Staat. Daher müssen wir es ihnen leichter machen, Menschen eine wirkliche Perspektive zu geben.

Wir wollen, dass den Arbeitswilligen tatsächlich Arbeit angeboten wird. Es gilt den Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger durch ausreichendes Einkommen zu sichern. Das kann nur gelingen, wenn wir berücksichtigen, dass, wer teurer ist, besser sein muss. Dies gelingt uns nur, wenn wir durch Bildung und Ausbildung unser Niveau fortlaufend verbessern. Die FDP will die Ausbildungsfähigkeit und die Studierfähigkeit der Schüler und Schülerinnen ausbauen.

Mit unserer Politik wollen wir dafür sorgen, dass mehr Menschen Arbeit finden. Dazu muss die Politik auf ein nachhaltiges Wachstum hin ausgerichtet werden. Ohne nachhaltiges Wachstum wird es nicht gelingen, unseren heutigen Lebensstandard zu halten. Eine Politik, die sich der Mittel der sozialen Marktwirtschaft bedient, ist im Ergebnis besser, sozialer und gerechter.

Die Bremer FDP fordert daher:

- ☞ eine Reform der Lohn- und Einkommenssteuer. Dabei sollen vier Steuersätze eingeführt werden: 0 Prozent für ein Einkommen bis

7.700 Euro pro Erwachsenen oder Kind, 15 Prozent für die nächsten 15.000 Euro Einkommen, 25 Prozent für Einkommen bis zu 40.000 Euro und 35 Prozent für darüber liegende Einkommen. Im Ergebnis zahlen dann viele Haushalte mit niedrigerem Einkommen überhaupt keine Einkommenssteuer. Eine 4-köpfige Familie zahlt nach diesem Modell erst ab einem Einkommen von 30.800 Euro Steuern.

- ☞ eine Rücknahme der wachstumsfeindlichen Mehrwertsteuererhöhung und Rückkehr zu einem Steuersatz von 16 Prozent. Denn diese überflüssige Steuererhöhung schwächt die gerade angesprungene Binnenkonjunktur wieder und trifft ganz besonders die Schwachen. Sie führt zu Preissteigerungen und ist auch angesichts enormer Steuermehreinnahmen in den letzten Monaten überflüssig.
- ☞ die Reform der unterschiedlichen Mehrwertsteuersätze. So ist angesichts der weiter steigenden Energiekosten eine Ermäßigung des Steuersatzes für Heizöl und Erdgas auf 7 Prozent zu erwägen.

Durch diese Steuersenkungen und eine Senkung der Lohnnebenkosten wird mehr verfügbares Einkommen zu einer gesteigerten Nachfrage führen. Diese Nachfrage führt zu weiterem Wachstum und in dessen Folge zu mehr Beschäftigung.

Kombilohn verhilft nur bestimmten Gruppen zu Arbeitsplätzen. Leider sind jedoch alle Gruppen der Gesellschaft von Arbeitslosigkeit bedroht beziehungsweise betroffen. Kombilohnmodelle helfen hier, indem sie Lohnunterstützungsleistungen bei niedrigen Löhnen für Langzeitarbeitslose geben. Doch diese Hilfe greift zu kurz. In dieser Situation bedarf es der Unterstützung für alle, die zu geringe Einkommen erzielen. Eine Unterstützung für bestimmte Gruppen von Arbeitslosen verzerrt den Arbeitsmarkt. Die FDP fordert die Einführung eines Bürgergeldes, damit diejenigen, die arbeiten, mehr verdienen als diejenigen, die nicht arbeiten.

Unser Bürgergeld soll die rund 138 verschiedenen Sozialleistungen zusammenfassen. So würden die Sozial- und Jugendbehörden entlastet und könnten sich den wirklich Hilfebedürftigen widmen, anstatt sich um Geldzahlungen kümmern zu müssen. Das liberale Bürgergeld wird mit der

Steuer abgerechnet. So steht Menschen monatlich Geld zur Verfügung, wenn ihr eigenes Einkommen zu gering ist. Bürgergeld ist eine Sozialleistung für alle, die kein ausreichendes Einkommen erzielen. Jeder Geringverdiener, der auf staatliche Hilfen angewiesen ist, sollte von jedem verdienten Euro weit mehr behalten dürfen als bisher.

Da der Großteil der Arbeitsplätze vom Mittelstand geschaffen wurde und wird, wollen wir dafür sorgen, dass Mittelständler dies auch in Zukunft leisten können.

Wir fordern daher:

- ☞ den Abbau von Bürokratie, die Handwerker, Einzelhändler und andere Mittelständler hemmt, Neueinstellungen vorzunehmen. Wir wollen damit erreichen, dass schon bei einem geringen Wirtschaftswachstum Arbeitsplätze entstehen. In anderen Staaten ist dies bereits bei einem Wachstum ab 0,5 Prozent der Fall.
- ☞ die Verpflichtung zur Erstellung von Statistiken weitgehend zu reduzieren, damit die Unternehmen sich auf ihre Arbeit konzentrieren können.
- ☞ die Übertragung staatlicher Aufgaben auf geeignete private Unternehmen oder Verbände. So unterstützen wir beispielsweise, dass die Kfz-Zulassung, von zuverlässigen Händlern vorgenommen, vom Staat auf geeignete Institutionen übertragen wird. Ebenso sind wir dafür, dass das Handelsregister von den Handelskammern geführt wird.
- ☞ die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft der Bremer Arbeitnehmer in der Arbeitnehmerkammer. Arbeitnehmer können sich freiwillig in Arbeitnehmerorganisationen wie Gewerkschaften und Berufsverbänden organisieren.
- ☞ die Neufassung des Bremischen Mittelstandsförderungsgesetzes von 2005. Das Gesetz ist in vielen Punkten nicht ausgereift, zu allgemein gehalten und schafft selbst wieder Bürokratie.

Auch werden wir den Forderungen der EU nach weiterem Wettbewerb bei Schornsteinfegern und in der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Rechnung tragen. Schornsteinfeger und Entsorger werden sich darauf einstellen müssen, dass sie Konkurrenz bekommen und fit für den Wettbewerb werden müssen.

Unabhängig von Änderungen des EU-Rechts zum Aufbrechen von Monopolstellungen im Abwasserbereich muss der Senat unverzüglich von der seit Ende 2006 bestehenden Möglichkeit zur Nachbesserung des Vertrages mit der Hansewasser GmbH Gebrauch machen, um die extrem hohen Abwassergebühren in Bremen zu senken und so die Verbraucher zu entlasten.

Wir sind überzeugt, dass der Abbau von Bürokratie, die Vereinfachung von Verwaltungsprozessen, die Senkung von Steuern und die Schaffung von Sonderwirtschaftszonen Wachstum bringen und Arbeitsplätze schaffen werden. Die FDP kritisiert, dass Rot-Schwarz eine solche Politik nicht verfolgt.

Dass diese Politik erfolgreich sein kann, werden wir gern belegen. Wir fordern die Schaffung einer wirklichen „Pilotregion für Bürokratieabbau Bremen/Bremerhaven“, in der Handwerker, Einzelhändler und Gewerbetreibende von bürokratischen Vorschriften befreit werden. Durch die gezielte Senkung von Abgaben und Steuern, zum Beispiel durch die Rücknahme der Erhöhung der Gewerbesteuerhebesätze aus dem Jahr 2004 und durch eine Absenkung des Hebesatzes der Grundsteuer B, wollen wir die Voraussetzungen für Wachstum und Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven schaffen.

Häfen, Logistik, Technologie – Stärken ausbauen – Chancen nutzen

Um weitere Arbeitsplätze im Lande Bremen zu schaffen, setzen wir konsequent darauf, die Stärken der bremischen Wirtschaft auszubauen. Daher wollen wir den Rahmen dafür schaffen, dass sich die Häfen, die Logistikbranche und die am Standort etablierten Technologien weiterentwickeln können.

Wir fordern:

- ☞ das Festhalten am planmäßigen Ausbau des Containerterminals.
- ☞ die Erhöhung des Weiterverarbeitungsanteils der umgeschlagenen Güter durch die Schaffung besonderer Standortbedingungen im Rahmen der Pilotregion für den Bürokratieabbau. Dies erhöht die Wertschöpfung am Ort und schafft Arbeitsplätze. Hier bieten sich nach Auffassung der FDP insbesondere der Ausbau der Nahrungsmittelindustrie und des Autoumschlags an.
- ☞ dass das durch die lange Tradition der Seefahrt und der Verkehrswirtschaft sowie durch Forschungsschwerpunkte an den Hochschulen vorhandene Wissen auf dem Gebiet der Logistik konsequent genutzt wird, um weitere Arbeitsplätze in diesem Bereich zu schaffen.
- ☞ dass Universität, Hochschulen und Forschungseinrichtungen ihre Schwerpunkte im Bereich Logistik weiter ausbauen. Durch Verzahnung von Forschung und wirtschaftlicher Nutzung kann es gelingen, weitere Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven zu schaffen. Wir wollen, dass hier regelrechte Innovationsketten entstehen.

Damit die Häfen weiter wachsen können und sie von der Bevölkerung weiter akzeptiert werden, müssen sie vernünftig angebunden werden. Daher begrüßt die FDP den Bau der Autobahn A 281. Sie wird die Bevölkerung in der Bremer Neustadt entlasten. Wir fordern, dass der Wesertunnel baldmöglichst gebaut wird und dabei die Belange der Anwohner in Seehausen berücksichtigt werden.

Mit dem Container-Terminal 4 (CT 4) entsteht zurzeit in Bremerhaven ein Jahrhundertbauwerk. Darauf müssen wir, besonders hinsichtlich der landseitigen Verkehrsanbindung, vorbereitet sein. Wir fordern hierfür eine langfristige sinnvolle Lösung. Diese ist nur durch eine Nordumgehung des Bremerhavener Stadtgebietes für den Straßenverkehr in Verbindung mit einem Ausbau der Bahnverbindungen zu erreichen.

Eine weitere wichtige Anbindung unserer Häfen stellt, in Kombination mit der so genannten Nordumgehung, die Küstenautobahn dar. Wir fordern, dass diese zügig gebaut wird, damit die Hinterlandanbindung Bremerhavens weiter verbessert wird. Und wir setzen uns dafür ein, dass die Logistik des Container-Terminals Bremerhaven und mit der des Jade-Weser-Ports in Wilhelmshaven eng verzahnt wird, damit der Standort Bremerhaven von dieser Investition profitiert und uns dauerhaft keine Konkurrenz erwächst.

Neben Wirtschafts- und Wissenschaftsbereichen, die bereits auf eine längere Tradition in Bremen und Bremerhaven zurückblicken, setzen wir auch auf die Weiterentwicklung von starken Technologiefeldern. Dies sind für uns insbesondere die Luft- und Raumfahrt, die Erforschung neuer Werkstoffe und Fertigungsverfahren sowie die Meerestechnologien. Hierbei kommt es auf eine verstärkte und effektive Förderung der Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in wettbewerbsfähige Produkte und Dienstleistungen an.

Die Erfolgsgeschichte des Technologieparks an der Universität muss wiederbelebt werden. Bei der Fortentwicklung ist künftig eine noch engere Verknüpfung der wirtschaftlichen Aktivitäten mit Forschung und Wissenschaft an der Universität und den Forschungsinstituten sicherzustellen. Dabei ist das Flächenpotential auszuschöpfen, wobei sich die FDP sowohl gegen die Nutzung der Uni-Wildnis als auch gegen eine Ausdehnung über die Autobahn A 27 hinaus ausspricht. Schon die Verlagerung des Campingplatzes war unsinnig und führte zur Verschwendung von 6,5 Millionen Euro Steuergeldern. Wir sprechen uns für die Nutzung der vorhandenen inneren Flächenpotentiale auch an der Universität aus. Hier befürworten wir eine weitere bauliche Verdichtung und die Zulassung des Baus von höheren Gebäuden.

Marketingmaßnahmen sind zukünftig nicht mehr aus öffentlichen Töpfen, sondern allein durch die Interessengemeinschaft Technologiepark Universität Bremen e.V. zu finanzieren.

Die FDP ist der Auffassung, dass die Standorte der Hochschule Bremen, insbesondere am Bremer Flughafen, der Jacobs University Bremen in

Grohn, der Hochschule Bremerhaven und der Hochschule für Künste in der Überseestadt ebenso ein Umfeld brauchen, in dem die Verzahnung von Wissenschaft, Forschung und Entwicklung mit Handwerkern, Gewerbetreibenden, Händlern, Entwicklern und Produzenten noch besser verwirklicht werden kann.

Eine weitere Stärke Bremens sind die Viertel mit vielfältigen Nutzungen, wie beispielsweise das Bremer Ostertor/Steintor, Walle/Gröpelingen, die Bremer Neustadt und Vegesack. Sie zeichnen sich durch eine starke Mischung von Kultur, Wohnen und Gewerbe aus. Ihre Stärke ist das Mit- und Nebeneinander der vielfältigen Nutzer und Nutzungsarten. Solche Viertel gilt es auch in Zukunft zu erhalten. Dazu muss zwischen den Interessen vermittelt und abgewogen werden.

Besonders ist die Verkehrsanbindung und gute Erreichbarkeit der Stadtteilzentren zu gewährleisten, um den Einzelhandel hier am Leben zu erhalten und ein Abwandern der Kaufkraft zu verhindern. Wir wollen keine Schlafstädte, sondern lebendige Stadtteile mit lokaler Wirtschaftskraft.

Wir setzen uns entsprechend auch für eine vielfältige Nutzung der alten Hafengebiete in Bremen ein. In der Überseestadt soll nach Vorstellungen der FDP ein interessantes Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten möglich werden. Wir wollen diese Flächen bewusst als Mischgebiet entwickeln und dabei den bestehenden Firmen Bestandsschutz aber auch Entwicklungsperspektiven geben.

Weniger Bürokratie – mehr Freiheit

Die FDP steht für Freiheit in Verantwortung! Anders als andere Parteien sind wir nicht davon überzeugt, dass es gut ist, wenn durch staatliche und halbstaatliche Institutionen alles geregelt und vereinheitlicht wird. Vielfalt ist die Kraftquelle einer Gesellschaft und muss erhalten bleiben. Sie setzt Kräfte im Wettbewerb frei, die es uns ermöglichen, besser als andere zu sein. Denn wenn wir teurer sein wollen, weil wir unser Erreichtes behalten wollen, müssen wir besser sein.

Bürokratie schränkt viele von uns ein. Sie lähmt und demotiviert. Daher wollen wir sie auf das notwendige Maß verringern!

Die FDP fordert daher:

- ☞ eine Reduzierung der Verwaltung insbesondere in den Bereichen, deren Eigenverantwortung wir stärken wollen, beispielsweise der Wissenschafts- und Schulverwaltung. Dafür streiten wir, damit die eingesparten Gelder den Kindern und Jugendlichen in der vorschulischen und schulischen Bildung und den Studentinnen und Studenten in der Lehre zugute kommen.
- ☞ die Freigabe der Ladenöffnungszeiten von Montag bis Sonnabend sowie weitgehende Ausnahmeregelungen zur Sonntagsöffnung. Die Kunden sollen entscheiden, wann sie einkaufen wollen, und die Einzelhändler sollen auf die Wünsche der Kunden mit ihren Ladenöffnungszeiten eingehen können.
- ☞ die Abschaffung von übertriebenen Regelungen der Arbeitsstättenverordnung, die nicht der Arbeitssicherheit dienen.
- ☞ die Erleichterung der Bewirtungs- und Ausschankmöglichkeiten in Bäckereien, Kiosken und ähnlichen Lokalitäten.
- ☞ die Übertragung staatlicher Aufgaben an geeignete, seriöse und unabhängige Institutionen. Ein Schritt in die richtige Richtung ist die Mitwirkung nachweislich zuverlässiger Autohändler bei der Kfz-Zulassung. Dieser Weg hin zur Übertragung bestimmter Aufgaben an geeignete private Unternehmen oder Institutionen muss weitergegangen werden.
- ☞ dass der überwiegende Teil behördlicher Genehmigungen künftig als erteilt gelten soll, wenn die Behörden nicht innerhalb von vier Wochen auf zugegangene Anträge reagiert haben.
- ☞ das Bremische Bildungsurlaubsgesetz den Gesetzen der anderen Bundesländer anzugleichen, weil es sein vorrangiges Ziel, die Bil-

dungschancen benachteiligter Arbeitnehmergruppen zu verbessern, verfehlt hat.

- ☞ die Abschaffung des Monopols der Berufsgenossenschaften, um auch in diesem Versicherungssektor Wettbewerb herzustellen, der ein Senken der Lohnnebenkosten ermöglicht, ohne dass Leistungen für die Arbeitnehmer eingeschränkt werden.
- ☞ die Einführung des Prinzips „Ein Unternehmen – eine Kammer“, um den Zwang zu Doppelmitgliedschaften abzuschaffen.
- ☞ die beitragsfreie Kammermitgliedschaft für Kleinunternehmen.
- ☞ eine stärkere Dienstleistungsorientierung der Kammern für ihre Mitglieder.
- ☞ die Verringerung der Anzahl der Statistiken, die Unternehmen erstellen müssen, ohne davon selbst einen Nutzen zu haben.
- ☞ die Anpassung der Bestimmungen des Bremischen Personalvertretungsgesetzes an die Standards der Mitbestimmung in der privaten Wirtschaft. Insbesondere wollen wir das Mitentscheidungsrecht von Personalräten in organisatorischen Angelegenheiten begrenzen. In einer modernen Verwaltung muss es möglich sein, die Strukturen flexibler als bisher den Bedürfnissen der Bürger anzupassen. Offene Stellen in der Verwaltung müssen zeitnah wiederbesetzt werden.
- ☞ die Tarifverträge für die Angestellten im öffentlichen Dienst den Regelungen der freien Wirtschaft anzupassen. Eine Bevorteilung des öffentlichen Dienstes ist den Arbeitnehmern in der freien Wirtschaft nicht vermittelbar.

Die Bürokratiekosten für kleine und mittlere Unternehmen müssen gesenkt werden. Für eine weitgehende Deregulierung bietet sich das Standard-Kosten-Modell (SKM) an. Dieses in anderen Ländern (Niederlande, Großbritannien, Dänemark) in der Praxis erprobte Modell macht die Bürokratiekosten für Bürger und Unternehmer transparent und berechen-

bar. Die FDP fordert, dass das Standard-Kosten-Modell auch in Bremen angewandt wird, um zu prüfen, welche Belastungen bestehende und zukünftige Regelungen mitsichbringen. Dies wäre ein Schritt in Richtung Bürokratieabbau.

Die Länder haben durch die Föderalismusreform zusätzliche Kompetenzen erhalten. Die FDP will diese Chance zum Abbau von Regelungen und Bürokratie nutzen. Schon heute sind in Bremen Rechtsvorschriften vor Erlass auf deren Auswirkungen auf die Unternehmen zu prüfen. Wir wollen Unternehmen durch konsequenten Abbau von Regelungen entlasten.

Bildung

Kinder früh fördern

Kinder lernen von Geburt an. Daher kann gar nicht früh genug mit dem Fördern von Kindern begonnen werden. Die Kindergärten müssen ihren Weg vom Betreuen unserer Kinder zum Fördern konsequent weitergehen. Das ist ganz im Sinne der so wichtigen frühkindlichen Bildung. Kinder, die schon früh gefördert werden, schneiden in der Schule besser ab.

Die FDP fordert daher:

- ☞ einen Ausbau der Betreuung von ein- bis dreijährigen Kindern. Hierbei setzen wir neben einer Steigerung der Zahl der Krippenplätze auf den verstärkten Einsatz von Tagesmüttern beziehungsweise -vätern.
- ☞ den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz im Kindergarten.
- ☞ den kostenfreien Kindergartenbesuch ab dem dritten Lebensjahr, täglich sechs Stunden.
- ☞ eine bessere Qualifizierung der Kindergärtnerinnen und Kindergärtner. In Kooperation von Universität und Hochschulen sollen berufsbegleitende Weiterbildungsprogramme entwickelt und angeboten werden.
- ☞ mehrere Aufnahmetermine im Jahr, damit Eltern und Kinder nicht ein Dreivierteljahr auf einen Kindergartenplatz warten müssen.
- ☞ die bessere Verzahnung von Schulen und Kindergärten. Deshalb soll die Zuständigkeit für Kindergärten auf die Bildungsbehörde übertragen werden.

- ☞ im Alter von vier Jahren bei allen Kindern eine Sprachstandserhebung durchzuführen. Auf der Grundlage der Ergebnisse soll dann jedes Kind seinen Fähigkeiten entsprechend individuell gefördert und auf den Schuleintritt vorbereitet werden. Kinder mit Sprachdefiziten, das heißt unzureichenden Sprachfähigkeiten und/oder Deutschkenntnissen, sollen gezielt gefördert werden. Die Teilnahme an Angeboten, die beim Abbau erkannter Sprachdefizite helfen, soll verpflichtend sein.
- ☞ jede Kindergartengruppe mit einer qualifizierten Zweitkraft auszustatten.
- ☞ die Ausweitung des freiwilligen „Early English“ in den Kindergärten und die Möglichkeit der direkten Fortsetzung in der Grundschule.

Bremen und Bremerhaven müssen sicherstellen, dass alle Kinder in den Kindergärten angemessen gefördert werden können. Nur die Kindergärten, die dies leisten können, erhalten die Zuschüsse für jedes angemeldete Kind. Um faire Bedingungen zu schaffen, sollen die kommunalen Kindertageseinrichtungen an die freien Träger übergeben werden. Die Einrichtung von Betriebskindergärten wollen wir durch flexible und vereinfachte gesetzliche Vorgaben erleichtern.

Kinder an die Hand nehmen

Leider werden vereinzelt Kinder in unserer Gesellschaft von ihren Eltern vernachlässigt und verwahrloset. Wenn die Eltern in ihrem Erziehungsauftrag versagen und ihrer Verantwortung nicht nachkommen oder aufgrund von Krankheit nicht nachkommen können, ist der Staat gefordert einzuspringen. Diese Aufgabe wird von gemeinnützigen Institutionen, die der Staat entsprechend fördert, übernommen. Dies ist eine gute Tradition.

Die Kinder- und Jugendhilfe ist so umzuorganisieren, dass die Hilfe tatsächlich bei den Kindern, Jugendlichen und deren Familien ankommt. Lange Fallkonferenzen und dergleichen rauben den Mitarbeitern die Zeit,

sich wirklich den Kindern und Jugendlichen zu widmen. Zu hohe Fallzahlen bergen die Gefahr, dass Kinder auch vom Staat vernachlässigt werden. Wir, die FDP, fordern eine Umorganisation des Jugendhilfebereichs. Ziel muss sein, dass ein Mitarbeiter für eine geringere Zahl von Fällen zuständig ist, die Verantwortlichkeiten klar geregelt werden und die Kinder und Jugendlichen besser betreut werden. Insofern erwarten wir vom aktuellen Untersuchungsausschuss zum Fall „Kevin“ Hinweise für die überfällige und zielgerichtete Umorganisation des Jugendamtes. Es muss ausgeschlossen werden, dass ein solcher Fall von Vernachlässigung sich in Bremen jemals wiederholen kann. Dazu reichen regelmäßige Untersuchungen von Kindern beim Kinderarzt nicht aus, denn es gibt Eltern, die ihre Kinder nicht zu den Untersuchungen bringen.

Jugendhilfe und Bildung müssen endlich als zusammengehörig begriffen werden. Die Jugendhilfe ist zu stärken. Dies spart spätere Ausgaben für Sozialleistungen oder Resozialisierung.

Der Staat ist verpflichtet, die Menschenrechte von Kindern notfalls auch gegen den Willen der Erziehungsberechtigten durchzusetzen.

In der Schule – Leistung fordern und fördern

Jedes Kind muss entsprechend seinen Fähigkeiten gefordert und gefördert werden. Wir wollen, dass jedes Kind sein Potenzial bestmöglich entfalten kann. Dabei wollen wir dafür sorgen, dass die Chancen auf Bildung gerecht verteilt werden. Bildung und Ausbildung schaffen die Voraussetzung für individuelle Freiheit, wirtschaftliche Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit, Toleranz und soziale Integration.

Für die FDP ist es entscheidend, dass Kinder motiviert lernen können und von motivierten Lehrern und Lehrerinnen unterrichtet werden. Dafür ist es besonders wichtig, dass die staatlichen Schulen weitgehend eigenverantwortlich handeln können. Wir sind die Diskussion um die beste Schulform leid! Der ständige Streit hilft den Schülern nicht. Nach Auffassung der FDP sollte der Wille der Eltern und Schüler darüber entscheiden, welche Schule die Kinder beziehungsweise Jugendlichen besuchen. Die

vorhandenen Wahlfreiheiten sind auszubauen und müssen von den Schülern unbürokratisch genutzt werden können.

Die Zeit des Experimentierens ist für uns vorbei. Die organisatorische Unübersichtlichkeit des Schulsystems schadet den Kindern.

Ziel unserer Vorstellungen ist ein Schulsystem bestehend aus weitgehend autonomen Stadtteilschulen und Gymnasien. An den eigenständigen Gymnasien sollen die Schüler nach zwölf Jahren zum Abitur geführt werden und damit die Ausbildungsreife sowie die Fähigkeiten erwerben, die Voraussetzung für ein Studium sind. Eigenständige Stadtteilschulen sollen Schüler zur Ausbildungsfähigkeit führen und daneben den leistungsfähigeren Schülern den Übergang auf Fachoberschulen oder gymnasiale Oberstufen ermöglichen. Schule muss dazu befähigen, sich selbstständig und eigenverantwortlich Wissen zu erarbeiten – ein ganzes Leben lang.

Will Bremen weiter ein erfolgreicher Standort für Unternehmen sein und vielen Menschen Arbeitsplätze bieten, dann müssen Jugendliche die notwendigen Kenntnisse in der Schule erhalten, um in Handwerk, Gewerbe, Industrie und Handel ausgebildet werden zu können.

Die FDP fordert daher:

- ☞ die Entwicklung des Schulsystems hin zu einem zweigliedrigen System aus Stadtteilschulen und Gymnasien.
- ☞ eine weitgehende Autonomie der staatlichen Schulen, damit diese eine individuelle Ausrichtung ihrer Bildungsangebote entwickeln und festigen können. Wir begrüßen, dass naturwissenschaftliche, sozialwissenschaftliche, sportliche und musische Profile entwickelt und ausgeprägt werden.
- ☞ die Durchlässigkeit des Schulsystems zu gewährleisten und zu verbessern, damit auch Spätzügler noch zu einem höheren Bildungsgang wechseln können.
- ☞ dass die Stadtteilschulen darauf hinarbeiten, dass ihre Schüler die

Ausbildungsreife erreichen. Dabei sind auch handwerkliche und kaufmännische Fähigkeiten zu vermitteln. Kooperationen von Schulen mit Unternehmen und Institutionen sowie das Engagement einzelner Eltern begrüßen wir ausdrücklich.

Privatschulen bilden eine notwendige und befruchtende Konkurrenz zum staatlichen Bildungssystem. Da sie in vielen Fällen leistungsfähiger sind, sollten sich staatliche Schulen an ihnen orientieren. Nur durch den Wettbewerb untereinander und mit den Privatschulen ist gesichert, dass alle an den Schulen ihr Bestmögliches geben, um Schülern und Schülerinnen mit einer guten Bildung bestmögliche Startchancen zu bieten.

Die FDP erkennt die Leistungen der Privatschulen an. Wir waren und sind für eine finanziell ausreichende Unterstützung dieser Schulen. Sie bilden Kinder und Jugendliche im Vergleich mit staatlichen Schulen zumeist kostengünstiger und mit ebenso guten Erfolgen aus. Wir setzen darauf, dass Privatschulen das staatliche Schulangebot sinnvoll ergänzen und Anreize schaffen, dass Schulen besser werden wollen.

Um auf sinkende Schülerzahlen zu reagieren, fordern wir ein qualifiziertes Schulstandortkonzept. Dabei ist zu berücksichtigen, welche privaten und staatlichen Schulen alternative Angebote in räumlicher Nähe machen.

Die FDP fordert die Veröffentlichung der Ergebnisse von landesweiten Vergleichs- und Abschlussarbeiten, damit Eltern und Schüler erfahren, welche Leistungen Schüler und Schülerinnen an den jeweiligen Schulen im Durchschnitt erbringen. Dabei ist für uns klar: Die Ergebnisse, die einzelne Schüler erbracht haben, dürfen nicht veröffentlicht werden.

Ziel der Bemühungen der Schulen muss die Ausbildungsreife beziehungsweise die Hochschulreife ihrer Abgänger sein. Wir sprechen uns dafür aus, im Bildungsbereich die Mittel nicht zu kürzen, sie aber zielgerichteter einzusetzen.

Gute Schule nimmt sich Zeit

Schule braucht Zeit und Verbindlichkeit, um in Ruhe arbeiten und um jede einzelne Schülerin und jeden einzelnen Schüler bestmöglich fördern zu können. Schule muss Chancen für jedes Kind eröffnen können, unabhängig vom Elternhaus. Die Ganztagschule gibt Lehrern und Schülern die Möglichkeit, sich dafür Zeit zu nehmen.

Wir wollen, dass alle Grundschulen in Bremen und Bremerhaven zumindest zu offenen Ganztagschulen ausgebaut werden. „Offene Ganztagschule“ bedeutet dabei, dass sich der Unterricht weiterhin auf den Vormittag konzentriert, während am Nachmittag nach einem Mittagessen an der Schule Sport oder musische Aktivitäten angeboten werden, ohne dass die Schülerinnen und Schüler zu einer Teilnahme verpflichtet sind. Neben diesen Angeboten soll der Nachmittag zur Hausaufgabenbetreuung und zur unterrichtsnahen und kostenlosen Förderung und Nachhilfe genutzt werden. Dies nützt insbesondere den Kindern, die von ihrem Elternhaus nur unzureichende Unterstützung erfahren.

In allen Stadtteilen soll in den Jahrgangsstufen 5 bis 10 die für die Schülerinnen und Schüler verbindliche Form der Ganztagschule zur Regel werden. Nur durch die Aufteilung der Unterrichtszeit auf Vor- und Nachmittag lässt sich hier die notwendige intensive Zusatzförderung schwacher Schüler gewährleisten.

Berufliche Ausbildung zukunftssicher gestalten

Das gemeinsame Lernen in Berufsschule und Betrieb ist die Garantie für das gute Ausbildungsniveau in Deutschland. Die enge Verbindung von Ausbildung und Arbeitswelt im dualen System sichert den Fachkräftenachwuchs und den guten Ruf, zum Beispiel des deutschen Handwerks. Vollzeitschulische Ausbildung kann praxisnahe betriebliche Ausbildung sinnvoll ergänzen, aber nicht komplett ersetzen.

Der Ausbildungspakt ist ein Erfolg. Dennoch finden immer noch viele Jugendliche keinen Ausbildungsplatz. Viele Unternehmen würden gerne

ausbilden, können es sich aber angesichts der hohen bürokratischen Hürden und der damit verbundenen Kosten nicht leisten, ohne ihre Existenz zu gefährden. Wir wollen nicht, dass diese Unternehmen durch eine Ausbildungsplatzabgabe zusätzlich belastet werden. Wir wollen Bürokratie und Kosten abbauen, damit es sich auch kleine Betriebe wieder leisten können, ihren Nachwuchs selbst auszubilden. Die Sozialpartner, Gewerkschaften und Arbeitgeber müssen in den Tarifvereinbarungen endlich Rahmenbedingungen für mehr Ausbildung vereinbaren.

Wir wollen, dass die Ausbildungsordnungen künftig mehr Entscheidungsspielräume bieten. Gemeinsame Kernkompetenzen für bestimmte Berufsgruppen sollen mit speziellen Kompetenz-Modulen kombiniert werden. Das bedeutet mehr Auswahlmöglichkeiten, Abschlüsse für unterschiedliche Leistungsniveaus verbunden mit zusätzlichen Angeboten für Leistungsstarke.

Berufsschulen und Betriebe leiden unter der ungenügenden Ausbildungsreife vieler Jugendlicher. Fächerübergreifende Berufsorientierung muss spätestens in der 7. Klasse beginnen. In den Schulen muss vermehrt das Augenmerk auf soziale und sprachliche Kompetenz gelegt werden. Diejenigen Schüler, die die Schule ohne diese grundlegenden Fähigkeiten verlassen, müssen gezielt auf die Aufnahme einer Ausbildung vorbereitet werden.

Mehr Eigenverantwortung für Hochschulen

Die FDP setzt sich für eigenverantwortliche Hochschulen ein. Sie sollen sich selbst verwalten und ihre Studiengänge selbst mit den anderen Hochschulen der Region abstimmen. Hochschulen können dies viel besser als Bildungsplaner in der Wissenschaftsbehörde, denn Hochschulen stehen in Konkurrenz um Studenten und Forschungsgelder.

Die FDP fordert daher:

- ☞ dass Studiengänge, die akkreditiert werden, nicht mehr von der Wissenschaftsbehörde genehmigt werden müssen, weil sie von unab-

hängigen Dritten für qualitativ gut befunden worden sind und eine derartige Doppelarbeit aus unserer Sicht nicht erforderlich ist.

- ☞ dass die Hochschulen ihr Personal selbst – auch befristet – einstellen und entlassen dürfen. Die Verbeamtung von Professoren, verbunden mit der Anstellung beim Staat, widerspricht dem Leistungsgedanken.
- ☞ den staatlichen Hochschulen Autonomie zu gewähren. Das gilt auch für ihre Organisationsform. Seitens des Staates sollen ihnen feste Budgets zugewiesen werden, mit denen sie bestimmte Ziele erreichen müssen.
- ☞ die Zusammenarbeit der Hochschulen und die Durchlässigkeit des Hochschulsystems zu verbessern. Wir wollen, dass Bachelor-Studenten der Hochschulen ihre Master-Studien und Doktor-Arbeiten an der Universität absolvieren können. Und wir wollen, dass Universitätsabsolventen auch in Kooperation mit Fachgebieten der Hochschulen promovieren können.

Die Basisfinanzierung der Hochschulen durch das Land bleibt mittelfristig die wichtigste Säule der Hochschulfinanzierung. Wir lehnen den HEP V (Hochschulentwicklungsplan) ab.

Studiengebühren sind eine zusätzliche Säule der Hochschulfinanzierung und unverzichtbar für die Hochschulen. Sie müssen sozial ausgestaltet werden und in voller Höhe den Hochschulen für die Lehre zugute kommen. Die speziellen Bedürfnisse von Teilzeitstudierenden und Studierenden mit Kindern müssen dabei von den Hochschulen berücksichtigt werden. Die soziale Herkunft darf weder bei der Entscheidung noch beim erfolgreichen Abschluss eines Studiums ein Hinderungsgrund sein. Die Ausgestaltung der Höhe der Studiengebühren und eventuelle Sonderregelungen für einzelne Studiengänge obliegen der Eigenverantwortung der Hochschulen, wobei die FDP das „Landeskindermodell“ von Rot-Schwarz ablehnt.

Wissenschaft und Forschung: Unerlässlich für Bremens Zukunft

Bremen besitzt mittlerweile eine vielversprechende Forschungslandschaft, die es gezielt fortzuentwickeln gilt. Dabei müssen Interdisziplinarität (die Zusammenarbeit von Wissenschaftlern verschiedener Fachrichtungen) und Clusterbildung (die Bildung von Forschungsschwerpunkten mit verwandten Themenstellungen) verbessert und die Stärken ausgebaut werden.

Die knappen Gelder müssen zielgerichteter eingesetzt werden. Förderprogramme des rot-schwarzen Senats wie „bremen in t.i.m.e.“, bei denen Mittel planlos und zweckentfremdet ausgegeben werden, wecken falsche Hoffnungen und bringen keinen Erfolg. Die Schwerpunktsetzungen im Förderprogramm „InnoVision 2010“ bedürfen einer Anpassung.

Bremen bietet in mehreren Wissenschaftsbereichen (Logistik, Luft- und Raumfahrt, Geowissenschaften, Künstliche Intelligenz, Robotik) genug Substanz, um dauerhaft erfolgreich zu sein. Neben einer Schwerpunktsetzung muss Platz für neue Innovationsfelder bleiben.

Kulturelles Leitbild Wissenschaft

Bremen hat mit dem Verschwinden der maritimen Wirtschaft aus der öffentlichen Wahrnehmung eine starke Identitätskrise durchlitten und hat bis heute noch nicht völlig zu einem neuen Selbstverständnis gefunden, welches das Bild der Stadt auch nach außen prägt. Wissenschaft ist ein Feld, das diesen Verlust kompensieren kann. Schon jetzt zeigen die Erfolge in diesem Bereich Wirkung: Mehr und mehr Bremer identifizieren sich mit den erfolgreichen Hochschulen und Instituten.

Der eingeschlagene Weg muss weiter gegangen werden, der Wissenschaft und Bremen miteinander verbindet. Unterschiedliche Einrichtungen wie das Haus der Wissenschaft, das Universum und die öffentlichen Vortragsreihen der Hochschulen sind eine gute Basis.

Daher möchten wir eine „Nacht der Wissenschaft“, in der die Forschungseinrichtungen ihre Arbeit öffentlich präsentieren, analog zur „Nacht der Museen“ etablieren. Auch muss über die Wiederbelebung der Wissenschaftswoche nachgedacht werden, die stattfand als Bremen „Stadt der Wissenschaft“ war.

Sicherheit

Sicherheit für die Menschen

Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit und ohne Freiheit keine Sicherheit

Die Bremer FDP steht für die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger. Nur wer sich sicher fühlt, ist frei und kann frei handeln. Der liberale Staat muss Sicherheit und Freiheit bieten. Doch hierfür muss er auch die nötigen Mittel haben, an denen es in Bremen und Bremerhaven im Bereich der inneren Sicherheit leider fehlt.

Wir fordern daher:

- ☞ dass der Staat sich auf seine Kernaufgaben beschränkt und nicht mit anderen Aufgaben überlastet wird.
- ☞ das Gewaltmonopol des Staates, repräsentiert durch Justiz und Polizei, zu erhalten und zu stärken. Die FDP lehnt den Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten und der Bundeswehr für die Übernahme polizeilicher Aufgaben ab.
- ☞ eine bürgernahe, leistungsgerecht bezahlte, gut ausgebildete und modern ausgestattete Polizei. Dazu gehört für uns auch die überfällige und aus unverantwortlichen Gründen zurückgestellte Einführung von Digitalfunk und die Erweiterung der GPS-Navigation.
- ☞ die Funktions- und Einsatzfähigkeit der Polizei sicherzustellen. Die Polizeiarbeit muss sich durch ständige Modernisierung und hochqualifizierte Ausbildung an der Entwicklung der Kriminalität orientieren.
- ☞ die ständige Anpassung der Polizeiarbeit an die sich wandelnden Formen der Kriminalität, beispielsweise die Internet-Kriminalität, die

organisierte Kriminalität oder das Stalking (aufdringliches Verfolgen einer Person). Um Kriminalität wirkungsvoll bekämpfen und Straftaten verhindern zu können, bedarf es einer modernen Organisationsstruktur, die von den Fachleuten der Polizei selbst erarbeitet und durchgesetzt werden muss.

Ein Kernpunkt unseres Einsatzes für mehr Sicherheit ist die weitere Befreiung der Polizei von Bürokratie und Verwaltungsaufgaben. Die Justiz ist entsprechend technisch und personell auszustatten, damit sie nicht weiter aus Personalnot die Polizei als ihr Hilfsorgan zur Erledigung polizeifremder Aufgaben über Gebühr beansprucht.

Da echte Sicherheit nur durch Polizeipräsenz vor Ort erreicht wird, muss angesichts der geringen Aufklärungsquote von Straftaten von unter 45 Prozent und der im Verhältnis zu anderen Städten geringen Zahl von Polizisten die Sollstärke der Polizei zumindest gehalten werden.

Die FDP war aus guten Gründen gegen die so genannte Polizeireform. Sie diene vorrangig dem Ziel, unverantwortliche Sparmaßnahmen mit möglichst wenig öffentlichem Widerstand durchzusetzen.

Die Polizeireform ist gescheitert – die Polizei muss effektiver organisiert werden

Die FDP ist der festen Überzeugung, dass Polizei vor Ort sein muss, bevor etwas passiert. Daher sind wir für eine Dezentralisierung der Polizei. Bremen sollte hier die Erfahrungen aus Berlin, Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen nutzen, die wieder einen Weg, fort von der Zentralisierung beschritten haben.

Die FDP fordert deshalb:

- ☞ starke, rund um die Uhr besetzte Polizeireviere, insbesondere in problematischen Ballungszentren mit einem überdurchschnittlichen Kriminalitätsaufkommen. Die vorwiegend halbtags geöffneten Reviere müssen wieder zu starken, voll funktionsfähigen Revieren gemacht werden, die rund um die Uhr geöffnet sind.

- ☞ Polizeibeamte dezentral in den Revieren einzusetzen. Kontaktbereichsdienst, Sachbearbeiter für Jugend und Senioren sowie Verkehrssachbearbeiter sollen an den Revieren ihre Arbeit tun. Der Verkehrsunfalldienst sollte ebenfalls dezentral organisiert werden, so dass auch hier wieder Bürgernähe hergestellt wird.
- ☞ die Auflösung der Inspektionen und der ihnen zugeordneten Kriminalkommissariate sowie des dort neu organisierten Einsatzdienstes (Funkstreifendienst). Die Beamten sind den Revieren zuzuordnen.
- ☞ die Auflösung der Regio-Züge der Bereitschaftspolizei, um auch sie den Revieren zuzuordnen.
- ☞ dass die Bekämpfung der schweren Kriminalität (zum Beispiel Tötungsdelikte, organisiertes Verbrechen, Rauschgift- und Branddelikte, oder Sexualstraftaten) sowie der Staatsschutz und die Bildung von Sondereinheiten weiterhin durch die Kriminalpolizei erfolgen. Auch hier muss sich die zurzeit stattfindende Reform ausschließlich an der Kriminalitätsentwicklung orientieren.
- ☞ dass die Bereitschaftspolizei die verbleibende Einsatzhundertschaft sowie die zahlreichen Sondereinheiten (beispielsweise Diensthunde, SEK, PSK, Beweissicherungszug) vorhält.
- ☞ die Bereitstellung von Polizisten für den Bund und andere Länder bei Großeinsätzen mit dem Bund neu zu verhandeln.
- ☞ die Polizei von Objektschutzaufgaben zu entlasten. Es sind vermehrt private Sicherheitsdienste einzusetzen. Die Betreiber von Sicherheitsdiensten haben durch eine sorgfältige Auswahl mit Sicherheitsüberprüfung und qualifizierter Ausbildung zu gewährleisten, dass nur nachweislich geeignete Kräfte für diese Aufgaben eingesetzt werden. So fordert die FDP, dass unter anderem zukünftig Türsteher von Diskotheken und dergleichen eine entsprechende Qualifizierung nachweisen müssen.

- ☞ die Veranstalter kommerzieller Großveranstaltungen an den Kosten der Polizeiansätze angemessen zu beteiligen. Hierzu strebt die Bremer FDP eine bundeseinheitliche Regelung an.

Kriminalitätsbekämpfung intensivieren

Nicht nur die Polizei muss ausreichend gut ausgestattet werden, um Kriminalität zu bekämpfen, sondern auch die Staatsanwaltschaften. Eine hohe Aufklärungsquote und vor allem schnelle Reaktionen und Sanktionen sind unerlässlich, um Kriminalität zu bekämpfen und potenzielle Straftäter abzuschrecken.

Die FDP will daher:

- ☞ eine bessere Zusammenarbeit und Vernetzung von Polizei und Staatsanwaltschaften sowie Gerichten, wobei selbstverständlich der Datenschutz und das Prinzip der Gewaltenteilung gewährleistet bleiben müssen.
- ☞ die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit und gegenseitige Rechtshilfe.
- ☞ eine weitere Aufnahme von geeigneten Zuwanderern in den Polizeidienst, um deren Sprach- und Kulturkenntnisse für die Polizeiarbeit zu nutzen.
- ☞ das „beschleunigte Verfahren“ verstärkt für alle Altersgruppen anwenden.
- ☞ der Jugendkriminalität entschlossen entgegenzutreten, besonders wenn Kinder und Jugendliche durch Verwahrlosung oder gar gezielte Anleitung von Erwachsenen zu Serientätern werden.
- ☞ Erziehungsmittel einsetzen. Im Zweifelsfall müssen Erziehungshilfen auch gegen den Willen der Eltern angeordnet werden können.

- ☞ eine Unterbringung im geschlossenen Heim als letztes Mittel nicht ausschließen. Das Land Bremen soll hierfür wieder die Voraussetzungen schaffen.
- ☞ auch die Täter hinter den jugendlichen Tätern stärker verfolgen. Die Einbeziehung der Erziehungsverpflichteten in das gesamte Verfahren – einerseits zur Unterstützung, andererseits zur Einforderung etwaiger Verantwortung – ist aus Sicht der FDP dringend geboten.
- ☞ Farbvandalismus weiterhin wirkungsvoll bekämpfen. Dieser ist, ebenso wie das illegale Bekleben mit Plakaten, Sachbeschädigung und keine besondere Form von Jugendkultur, da die Rechte der Eigentümer verletzt werden.
- ☞ die kontrollierte Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige, um diesen Menschen das Leben mit der Sucht zu erleichtern und die Bürger vor Beschaffungskriminalität zu bewahren. Langfristiges Ziel bleibt aber die Heilung der Drogenabhängigen von ihrer Sucht.

Kriminalitätsprävention ausbauen

Kriminalitätsbekämpfung darf nicht erst mit dem Strafrecht beginnen: Zunächst müssen alle möglichen Anstrengungen unternommen werden, Straftaten zu verhindern. Wo soziale Netzwerke intakt sind, ist die Kriminalität gering. Die FDP setzt sich dafür ein, dass Bürger, Polizei, Vereine, Kirchen, Schulen und die Jugend- und Sozialämter bei der Prävention zusammenarbeiten. Die FDP setzt sich beispielsweise dafür ein, lokale Präventionsräte in den Stadt- und Ortsteilen zu schaffen, beziehungsweise auszubauen.

Die Gründe für kriminelle Handlungen von Jugendlichen sind vielfältig, sicher ist jedoch, dass das Aufwachsen in „sozialen Brennpunkten“ ganz entscheidend dazu beiträgt. Daher muss das Entstehen von sozialen Brennpunkten verhindert werden. Kriminalitätsprävention muss im Elternhaus, im Kindergarten und in der Schule beginnen.

Polizei muss präsent sein

Verstärkte Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit wirkt auf potenzielle Straftäter abschreckender als jede Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen und öffentlichen Verkehrsmitteln. Die Kameraüberwachung schafft keine Sicherheit, da sie keinerlei Schutz vor Gewalt bietet. Echte Sicherheit wird nur durch ausreichende Polizeipräsenz garantiert. Entsprechend ist Videoüberwachung auf das notwendige Maß zu beschränken.

Vollzugsdefizit beseitigen

Das Hauptproblem der inneren Sicherheit liegt neben dem fehlenden Personal nicht in einem Gesetzgebungs-, sondern in einem Vollzugsdefizit. Dieses wollen wir beseitigen! Bestehende gesetzliche Möglichkeiten sind konsequenter als bisher auszuschöpfen, bevor nach neuen Gesetzen gerufen wird. Es bedarf nicht zusätzlicher Gesetze, sondern zusätzlicher politischer Energie zur Durchsetzung des bestehenden Rechts. Die FDP will, dass Strafgesetze angewandt und nicht verschärft werden.

Die FDP wird darauf achten, dass auch die Bagatellkriminalität weiter konsequent verfolgt wird, damit unser Wertesystem nicht verschoben wird und bestehen bleibt. Auch in Zukunft müssen Schwarzfahren, Ladendiebstahl und Vandalismus konsequent bekämpft und verfolgt werden.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass durch einen effektiven Einsatz von Polizei und Staatsanwaltschaft, gerade im Bereich von Alltagskriminalität, die Strafe der Tat auf dem Fuße folgt. Das beschleunigte Verfahren muss hier verstärkt zur Anwendung kommen.

Katastrophenschutz und Rettungsdienst verbessern

Ein funktionierender Katastrophenschutz ist Teil der Sicherheit für jeden Bürger. Die FDP wendet sich gegen das Austrocknen und Kaputtsparen des Katastrophenschutzes. Es ist nötig, dass die Verbände der Feuerwehren und des Zivil- und Katastrophenschutzes mit ihren vielen engagierten

Ehrenamtlichen sich besser den neuen Risiken und Herausforderungen stellen können.

Die personelle Ausstattung der Berufsfeuerwehr muss so verbessert werden, dass bei den Einsätzen die gesetzlichen Anforderungen erfüllt werden können. Wir wollen, dass acht Einsatzkräfte in 10 Minuten vor Ort sind. Der zunehmenden Überalterung wollen wir durch angemessene Neueinstellungen entgegenwirken. Dabei muss den veränderten Arbeitszeitregelungen Rechnung getragen werden. Die Arbeit der Berufsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehren ist weiter zu vernetzen. Das Engagement der Ehrenamtlichen in Feuerwehren und Hilfsdiensten muss unterstützt werden.

Ferner fordert die FDP eine weitere Optimierung des Rettungsdienstes in Bremen, damit das immer wieder einmal auftretende lange Warten auf Rettungswagen und Notärzte noch seltener wird.

Küsten schützen

Angesichts eines steigenden Meeresspiegels und zunehmender Stürme gewinnt der Küstenschutz eine immer größere Bedeutung. Rund 90 Prozent der bremischen Bevölkerung leben in gefährdeten Gebieten und sind daher auf einen wirksamen Küstenschutz mit sicheren Deichen angewiesen.

Wir fordern, dass die an Deichen und Küstenschutzbauwerken festgestellten Mängel systematisch beseitigt werden und dabei vorausschauend die in Zukunft höheren Hochwasser und höheren Sturmfluten aufgrund des Meeresspiegelanstiegs berücksichtigt werden. Die bremischen Deichverbände müssen finanziell in die Lage versetzt werden, die dafür erforderlichen Investitionen zu tätigen.

Justiz

Ohne Recht gibt es weder Freiheit noch Sicherheit

Ohne Recht kann es weder Freiheit noch Sicherheit geben, ohne den Rechtsstaat keine Bürgergesellschaft. Aufgabe der Politik ist es, das Rechtsbewusstsein zu stärken.

Die FDP Bremen setzt sich dafür ein, dass die ohnehin zweifelhafte Anti-Terror-Gesetzgebung nicht ausgeweitet wird. Insbesondere sind unverzüglich die im Wege der Rasterfahndung erfassten Daten nach ihrer Auswertung zu löschen. Nennenswerte Erfolge sind durch diese Einschränkung von Bürgerrechten nicht erzielt worden. Die FDP wird alles daran setzen, eine weitere Einschränkung der bürgerlichen Rechte zu verhindern und ungerechtfertigte Einschränkungen aufzuheben.

Die Justizpolitik ist in Bremen zu lange vernachlässigt worden. Wir brauchen eine Justizpolitik, die die Opfer in den Mittelpunkt stellt. Rechtsschutz muss in erster Linie Opferschutz sein.

Die FDP setzt sich für eine unabhängige, bürgernahe, zeitgemäße und leistungsstarke Justiz ein. Die Zuständigkeit des Justizressorts muss endlich auch auf die Arbeitsgerichtsbarkeit ausgedehnt werden. Durch die Zusammenlegung von Verwaltungs- und Sozialgerichten hat die Politik einen ersten Schritt in die richtige Richtung zur Vereinfachung und Verschlankeung des deutschen Gerichtswesens gemacht. Die Eingliederung der Arbeitsgerichte in die ordentliche Gerichtsbarkeit wäre ein konsequenter weiterer Schritt in diese Richtung.

Die demokratische Legitimation der rechtsprechenden Gewalt wollen wir durch eine Reform des Richterwahlausschusses stärken. Wir fordern transparente Auswahlverfahren und stärkere richterliche Mitwirkung.

Nicht nur Recht zu haben, auch Recht zu bekommen, und das vor allem schnell genug, ist für den Bürger wesentlich. Die FDP tritt dafür ein, verstärkt weniger aufwändige Formen der Konfliktlösung und Streitschlichtung anzuwenden.

Die FDP tritt dafür ein, die Stellung von Opfern und Zeugen zu verbessern. Sie fordert deshalb eine Reform des Strafprozessrechts, des Strafrechts, der Opferschutzgesetze, aber auch des sonstigen Rechts mit dem Ziel, die Stellung von Opfern, ihrer Angehörigen sowie von Zeugen grundlegend zu verbessern.

Die Opfer von Straftaten müssen durch die Polizei und die Staatsanwaltschaft über ihre Rechte aufgeklärt werden. Durch eine umfassende Opferhilfe muss unmittelbar nach der Straftat in jeder Hinsicht unbürokratisch und zügig geholfen werden.

Wiedergutmachung, Schadenersatz, Rehabilitation und Fürsorge für Opfer und ihre Angehörigen müssen die Kriterien für diese justizpolitische Initiative sein. Dabei kann auf vorbildliches Engagement von privaten Organisationen und Einzelpersonen gebaut werden. Um den Opferschutz langfristig sicherzustellen, wollen wir ergänzend zu bestehenden Organisationen eine Opferschutzstiftung aufbauen.

Die Wiedergutmachung von Schäden beim Opfer muss Vorrang vor den staatlichen Ansprüchen haben. Voraussetzung dafür, dass Wiedergutmachung überhaupt materiell möglich wird, ist die Bereitstellung von Arbeitsmöglichkeiten zu tariflichen Bedingungen für Strafgefangene.

Für einen integrativen Justizvollzug

Die FDP tritt für einen Justizvollzug ein, in dem die Chancen für eine soziale Integration sowohl der weiblichen als auch der männlichen Inhaftierten gestärkt und ausgebaut werden. Die FDP fordert, dass zumindest Niedersachsen und Bremen sich auf ein einheitliches Gesetz zum Justizvollzug und Jugendvollzug einigen.

Therapeutische Angebote, beispielsweise für Alkoholranke und Drogensüchtige, sind vorzuhalten.

Das Angebot an Ausbildungsplätzen für Jugendliche und für Frauen ist auszubauen.

Die FDP steht einer vorrangigen Förderung junger Menschen, die zu Straftätern wurden, positiv gegenüber, knüpft diese jedoch an konkrete Forderungen an diese Jugendlichen. Die FDP fordert ein eigenes Jugendvollzugsgesetz.

Eine Reduzierung des Personals im Vollzugsdienst oder den Fachdiensten ist unangebracht. Die Sollstärke ist zumindest beizubehalten, um die Aufgaben, die durch gesetzliche Vorgaben (Justizvollzugsgesetz, Jugendvollzugsgesetz und Jugendgerichtsgesetz) gefordert werden, konsequent erfüllen zu können.

Um den Justizvollzug zu entlasten, müssen auch neue Wege beschritten werden. So setzen wir uns dafür ein, elektronische Fußfesseln zu erproben.

Justizvollzug muss jedoch immer auch sicherstellen, dass eine Gefährdung der Bevölkerung durch die Inhaftierten ausgeschlossen ist. Vollzugslockerungen dürfen nur gewährt werden, wenn die Sicherheit der Bevölkerung gewährleistet ist und positive Auswirkungen auf den Straftäter zu erwarten sind.

Zum Schutz der Bevölkerung vor Straftätern, deren besondere Gefährlichkeit sich erst während des Justizvollzuges zeigt, muss eine Sicherungsverwahrung auch nachträglich in einem rechtsstaatlichen Verfahren angeordnet werden können.

Für eine staatliche Kontrolle von Glücksspiel

Die FDP spricht sich für die Aufgabe des staatlichen Monopols für Glücksspiel aus. Die Zulassung von Anbietern muss allerdings gesetzlich geregelt und an strenge Voraussetzungen geknüpft sein, um Geldwäsche aus diesem Bereich fernzuhalten und Betrug und illegale Angebote zu verhindern. Dem Schutz aller am Glücksspiel Beteiligten sowie dem Schutz des Einzelnen, der spielsüchtig ist, muss Rechnung getragen werden.

Durch Gebühren, Lizenzen und Wettsteuern ist sicherzustellen, dass der Wettbetrieb auch weiterhin zur Finanzierung gemeinnütziger Aufgaben in Kultur, Sport und Umweltschutz beitragen wird.

Die FDP ist überzeugt, dass ohne eine Öffnung des Wettmarktes dieser in die Illegalität getrieben, beziehungsweise vom Ausland aus betrieben wird. Daher ist das Wettgeschäft wie ein Wirtschaftszweig zu behandeln und die in Bremen existierenden Arbeitsplätze sind zu erhalten.

Ein lebenswertes Bremen erhalten

Selbstständig bleiben

Für Bundesländer gibt es keine optimale Größe. Die Selbstständigkeit unseres Landes, der Freien Hansestadt Bremen, ist kein Selbstzweck. Die Selbstständigkeit Bremens muss genutzt werden, um die Leistungsfähigkeit unseres Gemeinwesens zu stärken und greifbare Vorteile für die Bürger zu erlangen.

Die rot-schwarze Koalition hat die Zukunft Bremens verspielt. Investitionsmittel wurden und werden schon im Vorgriff auf die Haushalte bis zum Jahr 2047 ausgegeben. Anstatt Bremen mit den Finanzhilfen des Bundes zu sanieren, hat die Koalition die Schulden in astronomische Höhen von rund 14 Milliarden Euro getrieben. Und in dieser Zahl sind sicher noch nicht alle von den bremischen Gesellschaften aufgenommenen Kredite und Bürgschaftsrisiken (Schattenhaushalte) enthalten. Zusätzlich bestehen noch erhebliche Pensionsverpflichtungen, für die keine Rückstellungen gebildet wurden.

Durch das Scheitern der Sanierungspolitik des rot-schwarzen Senats im vergangenen Jahrzehnt ist der Bestand des Bundeslandes gefährdet. Akzeptanz und Anerkennung bei den übrigen Bundesländern kann Bremen nur erlangen, wenn der Senat endlich seine Hausaufgaben macht. Entscheidend ist daher, dass Bremen den anderen Ländern und dem Bund nicht dauerhaft auf der Tasche liegt.

Die Freie Hansestadt Bremen muss selbst weit aktiver werden und benötigt am dringendsten:

- ☞ einen ehrlichen Kassensturz: Der Senat muss baldmöglichst eine Finanzplanung aufstellen, die den konkreten Schuldenstand einschließlich aller in Schattenhaushalten versteckten Risiken benennt und auf die Ausweisung ungesicherter Sondereinnahmen verzichtet. Dazu gehört auch eine Generationenbilanz, die den Leistungen für zukünftige Generationen die Belastungen dieser Generationen gegenüberstellt.

- ☞ eine umfassende Aufgabenkritik: Es ist zu ermitteln, welche nicht durch bundesgesetzliche Vorgaben festgeschriebenen Leistungen sich das Haushaltsnotlagenland Bremen noch leisten kann. Bei dieser Aufgabenkritik sind die Leistungsstandards anderer Gebietskörperschaften zu berücksichtigen. Darüber hinaus ist zu prüfen, welche Aufgaben günstiger von privaten Unternehmen wahrgenommen werden können. Bremen kann nicht auf die Hilfe anderer hoffen, wenn es für vergleichbare Aufgaben höhere Ausgaben als andere tätigt.
- ☞ sparsameres Wirtschaften mit den knappen Geldern der Steuerzahler, das heißt ein Anpassen der Ausgaben an die Einnahmen und einen effektiveren Einsatz der Steuergelder. Dies gilt insbesondere für konsumtive Ausgaben. Sparsamkeit ist notwendig, damit künftig eine gute Bildung für unsere Kinder und Sicherheit für alle Bürger finanziert werden können.
- ☞ eine Effizienzoffensive für die öffentliche Verwaltung. Um Schwachstellen aufzudecken, ist für alle Behörden und Ämter endlich eine Kosten- und Leistungsrechnung einzuführen.
- ☞ einen Verzicht auf unsinnige Investitionen, wie etwa Space Park und Botanika. Dies schließt einen Verzicht auf Investitionen mit nicht tragbaren Folgekosten – wie die Verlängerung des Personenverkehrs auf der Farge-Vegesacker-Eisenbahn – ein. Investitionen müssen sich langfristig rechnen.
- ☞ einen Verzicht auf die Übernahme unternehmerischen Risikos durch die öffentliche Hand. Bei allen Maßnahmen der Wirtschaftsförderung muss vermieden werden, dass Bremen ein unternehmerisches Risiko übernimmt. Dies gilt auch dann, wenn die Durchführung auf eine Tochtergesellschaft übertragen wird.
- ☞ ein effizientes Controlling für den so genannten „Bremen-Konzern“: Das in den letzten Jahren durch ständige Neugründungen von Gesellschaften erzeugte Chaos hinsichtlich Aufgabenwahrnehmung und Kontrolle muss beendet werden. Die Aktivitäten dieser Gesellschaften müssen für Abgeordnete und Bürger transparent gemacht werden.

- ☞ Maßnahmen, um Einwohner und Kaufkraft zu halten und neue zu gewinnen.
- ☞ eine enge Kooperation mit anderen Bundesländern, insbesondere mit Niedersachsen und den Umlandgemeinden. Gemeinsame Einrichtungen helfen Ausgaben zu sparen. Insgesamt gilt es die Vorteile zu nutzen, die sich ergeben, wenn Aufgaben von bremischen Behörden gemeinsam mit anderen erledigt werden. Wir werden darauf achten, dass nicht nur bremische Aufgaben von anderen mit erledigt werden, sondern auch Bremen Aufgaben für andere mit erledigt.

Doch Selbsthilfe reicht für Bremen nicht aus. Durch die ungerechte Verteilung der Steuereinnahmen nach Einwohnern wird Bremen künstlich arm gerechnet. Doch Bremen ist wirtschaftlich leistungsstark. Es benötigt daher eine Reform der Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern. Um das Vertrauen von Bund und anderen Ländern in die Selbsthilfebereitschaft Bremens bei den bevorstehenden Verhandlungen zur Föderalismusreform wiederherzustellen, sind folgende Vorleistungen zu erbringen:

- ☞ Bremen muss seine Bereitschaft deutlich machen, zukünftig nicht mehr auszugeben als es einnimmt.
- ☞ Bremen muss einen ausreichenden Eigenbeitrag zur Sanierung der Finanzen der öffentlichen Haushalte, wie er vom Bundesverfassungsgericht (im Urteil zur Haushaltsnotlage Berlins) angemahnt wurde, leisten. Dazu muss Bremen sich von Besitz (Immobilien und Unternehmensbeteiligungen) trennen, der nicht erforderlich ist, um die staatlichen Kernaufgaben zu erledigen.

Bremen muss folgende Verhandlungsziele anstreben:

- ☞ eine Entschuldung, da die Freie Hansestadt Bremen trotz 8,5 Euro Sanierungsmilliarden immer noch in einer Haushaltsnotlage ist, weil dem rot-schwarzen Senat und der rot-schwarzen Bürgerschaftsmehrheit eine Sanierung nicht gelungen ist.

- ☞ ein Verbot der Neuverschuldung nach erfolgter Entschuldung.
- ☞ eine Verteilung der Einkommenssteuer und der Mehrwertsteuer entsprechend der Wirtschaftskraft der Bundesländer, das heißt entsprechend des Bruttoinlandprodukts.
- ☞ eine Neuordnung des Finanzausgleichs, so dass dieser auf Wachstum abzielt und den Wettbewerb unter den Bundesländern fördert. Dies kann durch Abschaffung des Finanzausgleichs der Länder untereinander erfolgen, wenn die Steuergelder nach dem Bruttoinlandsprodukt verteilt werden. Steuermehreinnahmen sollten zumindest zu 40 Prozent in dem Land bleiben, das es erwirtschaftet. Der Bund sollte als einzige Instanz für den Ausgleich zwischen den Bundesländern sorgen.
- ☞ die Kostenübernahme beziehungsweise Kostenerstattung des Bundes für dessen Gesetzgebung. Das heißt, dass der Bund die Kosten trägt, wenn er die Länder durch Gesetze verpflichtet, Ausgaben zu tätigen, das bedeutet die Verankerung des Konnexitätsprinzips.

Erst wenn es gelingt, die Haushaltsprobleme unseres überschuldeten Bundeslandes zu lösen, wird die Diskussion über den Sinn und Zweck der Selbstständigkeit Bremens verstummen. Daher streiten wir für die Lösung der Haushaltsprobleme Bremens und Bremerhavens. Wir setzen uns entschieden dafür ein, dass Bremen selbstständig bleibt. Wir kämpfen dafür, dass Bremen ein eigenes Bundesland bleibt. Dies tun wir, damit Entscheidungen weiterhin bürgernah getroffen werden und die Menschen kurze Wege zu ihrer Landesregierung, dem Senat, behalten. Bremen und Bremerhaven müssen für ihre Einwohner weit mehr als Rot-Schwarz um ihre Selbstständigkeit kämpfen. Mit der FDP in der Verantwortung ist es schon einmal gelungen, Sanierungsmilliarden in unser Land zu lenken. Die Schicksale von Lübeck, Braunschweig und Oldenburg zeigen: Der Verlust der Selbstständigkeit führt zu einem Bedeutungsverlust, der in der Folge von Nachteil für die betroffenen Städte und ihre Bürger ist. Ein solches Schicksal wollen wir zum Wohle der Bürger Bremens und Bremerhavens verhindern.

Mehr privat – weniger Staat

Um den Bürgern mehr Freiheit zurückzugeben, muss sich der Staat auf seine Kernaufgaben beschränken. Dabei wollen wir uns Menschen eine Freiheit zur Verantwortung und keineswegs zur Verantwortungslosigkeit ermöglichen. Wir wollen einen starken Staat, der sich auf die nötigen Kernaufgaben beschränkt und darauf verzichtet, alles zu ordnen und alles gleich zu machen.

Daher werden wir zuerst die Frage stellen, ob etwas geregelt werden muss, bevor wir das Wie beantworten.

Die FDP fordert daher:

- ☞ den Bedarf an Wohnraum für wirtschaftlich Schwache ohne staatliche Wohnungsbaugesellschaften zu decken. Dies ist möglich, weil in Bremen und Bremerhaven ein Mietermarkt besteht, kein genereller Wohnungsmangel herrscht und die Mieter durch das Mietrecht ausreichend geschützt sind.
- ☞ dass obdachlosen Bremern ausreichend Wohnraum zur Verfügung gestellt wird. Die für das Wohnen zur Verfügung gestellten Steuermittel sollen direkt den Vermietern zufließen. Durch gesicherte Mietzahlungen wird auch die Bereitschaft privater Vermieter steigen, Mietern mit finanziellen Engpässen Wohnraum zu angemessenen Mieten zur Verfügung zu stellen.
- ☞ eine Prüfung der Veräußerung des Flughafens mit dem Ziel, diesen gemeinsam mit geeigneten starken Partnern weiterzuentwickeln und zu einem Wachstumsmotor zu machen.
- ☞ die Veräußerung von nicht mehr benötigten Grundstücken und Immobilien. Insbesondere leer stehende Schulgebäude verkommen, sie werden zu Angsträumen und verwahrlosen. Die Flächen ließen sich je nach Lage hervorragend für Wohnen und Gewerbe nutzen. Langes Warten und Beraten führt zu unnötigen Verzögerungen und lässt die Werte ungenutzt. Es entstehen so unnötige weitere Kosten für die öf-

fentliche Hand. Erforderlichenfalls sollten Gebäude, für die es keine Folgenutzung gibt, abgerissen werden. Das würde Angsträume verhindern und gegebenenfalls die Verkaufschancen steigern.

- ☞ die Prüfung einer Veräußerung der BrePark, da Private genauso gut Parkraum bewirtschaften können.
- ☞ zu prüfen, ob die Bremer Lagerhaus Gesellschaft und/oder ihre Töchter für Bremen und Bremerhaven vorteilhaft (teil-)veräußert werden können.
- ☞ die Privatisierung der Messegesellschaft.
- ☞ eine Privatisierung Bremer und Bremerhavener Krankenhäuser. Der Klinik-Skandal hat klar gemacht, dass Politiker und Behörden mit dem Betrieb von Krankenhäusern und dessen Kontrolle überfordert sind. Private und gemeinnützige Krankenhausgesellschaften haben gezeigt, dass sie diese Aufgaben ebenso gut und ohne Abstriche für die Patienten erbringen können. Sie haben schlankere Verwaltungen. Ihr effizienter Krankenhausbetrieb verbessert die Qualität der Leistungen und kommt den Patienten zugute. Damit dies langfristig gesichert ist, setzen wir uns dafür ein, dass die staatliche Krankenhausplanung erhalten bleibt.

Wirtschaft machen Unternehmer, nicht der Staat! Daher setzen wir darauf, dass staatliche Aufgaben, die nicht Kernaufgaben sind, verstärkt von privaten Unternehmen erledigt werden. Entsprechend sind alle staatlichen und städtischen Gesellschaften und Beteiligungen auf die Möglichkeit einer Veräußerung zu überprüfen. Die Pflege öffentlicher Grünflächen soll privaten Unternehmen übertragen werden.

Zusammen stärker als allein

Das Rad muss nicht immer wieder neu erfunden werden. Das gilt auch für Gesetze und Erlasse bis hin zu Rahmenlehrplänen. Diese staatlichen Regelungen sollten – wo immer möglich – von anderen Bundesländern, und insbesondere Niedersachsen, übernommen werden. Das spart nicht nur Steuergelder, sondern erleichtert es Bürgern und Unternehmen, sich rechtskonform zu verhalten. Außerdem vereinfacht es die Zusammenarbeit zwischen Bremen und Bremerhaven auf der einen Seite und ihrem niedersächsischen Umland auf der anderen Seite.

Wir sprechen uns für die enge Kooperation von Bremen und Bremerhaven mit ihren Partnern in der Metropolregion Bremen-Bremerhaven-Oldenburg aus. Gemeinsame Einrichtungen stärken den Zusammenhalt und helfen Ausgaben zu sparen.

Ebenso treten wir für die Zusammenarbeit der Bundesländer ein, ohne dabei deren Selbstständigkeit einschränken zu wollen. Zahlstellen, Oberste Landesgerichte, Landesämter (wie beispielsweise das Statistische Landesamt) und dergleichen muss nicht jedes Land gesondert vorhalten. Hier bieten sich Kooperationen an, wobei Bremen und/oder Bremerhaven dabei selbstverständlich auch Sitz einiger dieser länderübergreifenden Einrichtungen sein muss.

Insgesamt gilt es die Vorteile zu nutzen, die sich ergeben, wenn Aufgaben von bremischen Behörden gemeinsam mit anderen Ländern erledigt werden.

Zusammenleben

Beruf und Familie statt Beruf oder Familie

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer ist uns ein Herzensanliegen. Um dies zu erreichen, muss die gesamte Gesellschaft diejenigen unterstützen, die Kinder großziehen.

Die FDP unterstützt und fördert daher:

- ☞ flexible Öffnungszeiten für Kindergärten.
- ☞ Betriebskindergärten, beziehungsweise betriebsübergreifende Kindergärten in Nähe der Arbeitsstätten, die auf die Bedürfnisse der Eltern eingehen.
- ☞ mehr Angebote für die Kleinkinderbetreuung.
- ☞ ein erweitertes Angebot von Tagesmüttern beziehungsweise -vätern.
- ☞ eine quantitativ und qualitativ verbesserte Kinderbetreuung als Schlüssel für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ohne Kinder hat unsere Gesellschaft keine Zukunft. Die Entscheidung für Kinder setzt allerdings voraus, dass der Staat kinder- und familienfreundliche Rahmenbedingungen schafft.

Damit sich die Einstellung unserer Gesellschaft zu Eltern mit Kindern ändert, werden wir uns dafür einsetzen, dass die Leistungen der Eltern von der Gesellschaft entsprechend anerkannt und respektiert werden. Was sie leisten, kommt der Gesellschaft insgesamt zugute.

Recht auf anonyme Geburt verwirklichen

Bei aller positiven Einstellung zum Kind wird es immer Konflikte bei Schwangerschaften geben. Die Entscheidung, ob eine Schwangerschaft innerhalb der gesetzlichen Fristen abgebrochen werden soll, muss von der Frau selbstständig getroffen werden. Weder Staat noch Kirche können beziehungsweise dürfen in einem solchen Fall die letzte Entscheidung treffen.

Frauen in Konfliktsituationen muss weiterreichende Hilfe angeboten werden. Die anonyme Geburt macht es Frauen möglich, in einer Klinik zu gebären, ohne dabei persönliche Angaben machen zu müssen. Die bisherigen Regelungen zwingen Frauen in Not auf eine medizinische Betreuung während der Geburt zu verzichten und setzen somit Mutter und Kind erheblichen Gefährdungen aus. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Babyklappen trotz gezielter Kampagnen ihr Ziel nicht erreicht haben.

Die FDP setzt sich für das wesentlich weitergehende Recht auf eine anonyme Geburt ein und fordert, auch im Lande Bremen, den rechtlichen Rahmen dafür zu schaffen.

Lebenspartnerschaften

Wir streben eine Gleichberechtigung für alle nicht ehelichen Partnerschaften an. Neben Ehe zwischen Mann und Frau und Familie haben sich vielfältige Verantwortungsgemeinschaften gebildet, in denen Menschen mit und ohne Kinder nach ihren individuellen Wünschen zusammen leben.

Die Liberalen achten alle Lebensgemeinschaften, in denen Menschen Verantwortung füreinander übernehmen und begrüßen daher die Möglichkeit für gleichgeschlechtliche Paare, ihre Partnerschaft rechtlich abzusichern.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass die noch heute in vielen Rechtsbereichen bestehenden Diskriminierungen eingetragener Lebenspartnerschaften beseitigt werden.

Arbeiten und Angehörige pflegen, muss zusammen möglich sein

Das Altern der Gesellschaft wirft die Frage nach der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege auf. Immer mehr Erwerbstätige, und hier besonders Frauen, sind davon betroffen. Sie pflegen Angehörige.

Die FDP begrüßt und unterstützt Vorhaben, die dazu beitragen, beides vereinbar zu machen. Entscheidend hierbei ist die optimal organisierte Zusammenarbeit von Dienstleistern der Altenhilfe, Krankenkassen und anderen Tätigen im Sinne der Pflegenden und der Pflegebedürftigen.

Zusammenleben mit Zugewanderten – miteinander statt gegeneinander

Deutschland ist Aus- und Einwanderungsland. In Zeiten der weltweiten wirtschaftlichen Zusammenarbeit ist es normal, dass Menschen Arbeit in anderen Gegenden suchen und mobil sind. Bremen und Bremerhaven profitieren von denjenigen, die sich hier Arbeit suchen und hier ihren Lebensmittelpunkt finden wollen.

Viele Zuwanderer und ihre Kinder haben bereits bei uns eine neue Heimat gefunden. Zum Teil sind sie in unsere Gesellschaft integriert, zum Teil aber leider auch nicht.

Wir erwarten von Zuwanderern, dass sie sich sobald wie möglich integrieren. Dazu gehört für uns, dass sie unsere Sprache lernen und sich in die Gesellschaft einbringen wollen. Die Rechtsstaatspartei FDP fordert aber auch, dass Zuwanderer unsere Gesetze, Werte und Normen akzeptieren und sich entsprechend verhalten. Menschenrechtsverletzungen sind aus unserer Sicht nicht mit Religion begründbar. So erwarten wir beispielsweise auch von Zuwanderern, dass sie die Gleichberechtigung von Frau und Mann akzeptieren. Wir schätzen die verschiedenen Kulturen und werden dazu beitragen, dass Zuwanderer diese bei uns leben und bewahren können. Die FDP bekennt sich zur Trennung von Kirche und Staat und zur Religionsfreiheit.

Die FDP weiß um die besonderen Probleme der Parallelgesellschaften und der Kriminalität Einzelner. Dieser Entwicklung stellen wir unsere Politik mit dem Ziel, mehr Arbeit und mehr Bildung zu schaffen, entgegen. Dies tun wir aus der Erfahrung heraus, dass gebildete und wirtschaftlich erfolgreiche Zuwanderer besser integriert sind. Wir wollen die Perspektivlosigkeit derjenigen abbauen, die dauerhaft hier leben werden.

Wir wollen, dass Zuwanderer, die bei uns in Rente gehen, bei uns ihren Lebensabend verbringen können. Die FDP will das Miteinander der Menschen verschiedener Herkunft ermöglichen. Damit dies gelingt, muss die Zuwanderung maßvoll erfolgen und geregelt werden. So ermöglichen wir es denjenigen, die zu uns kommen, unsere Gesellschaft wirklich voranzubringen.

Die Schwachen annehmen

Menschen, die behindert oder von Behinderung bedroht sind, benötigen besondere Hilfe, um selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Diesen Mitbürgern muss die Chance gegeben werden, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und die ihnen möglichen Ergebnisse zu erreichen. Sozialpolitische Maßnahmen beschränken sich nicht auf die Gewährung von Fürsorge und Versorgung, sondern sollen Hindernisse beseitigen.

Oftmals ist für Menschen mit Behinderungen keine Ergebnisgleichheit zu erzielen, wir wollen aber, dass sie Chancengerechtigkeit erfahren.

Wir setzen uns dafür ein, dass Schulfahrten zu Privatschulen für Behinderte ebenso von Staat bezahlt werden, wie die Fahrten zu staatlichen Förderschulen.

Die FDP befürwortet die Einführung des „Persönlichen Budgets“ für Menschen mit Behinderungen. Dieses beinhaltet eine pauschale Geldleistung gemäß dem individuell ermittelten Hilfebedarf mit dem Ziel, Teilhabe und Selbstbestimmung zu stärken.

Die FDP fordert eine Integration behinderter Menschen „von Anfang an“.

Wir treten für gemeinsame Kindergärten und Schulen für Kinder mit Behinderungen und nicht behinderten Kindern ein.

Bei uns haben alle Generationen ihren Platz

Die Entwicklung der Bevölkerung in Bremen hat sich in den letzten Jahren grundlegend verändert. Die Lebenserwartung steigt bedingt durch die rasante Entwicklung in der Medizin und durch Faktoren, die in der sich stark gestiegenen Lebensqualität ihre Ursache haben. Wirtschaft und Politik haben auf diese Entwicklung bisher noch keine befriedigende Antwort gefunden. Durch Vorziehen des Rentenalters aus Arbeitsmarktgründen und die erfreuliche Verlängerung der Lebenserwartung haben sich Probleme ergeben, für die realistische Lösungen noch fehlen. Ältere Menschen bieten ein großes Potenzial an Wissen und Erfahrung. Die FDP ist der Auffassung, dass auf die Berufs- und Lebenserfahrung der älteren Generation nicht verzichtet werden kann und darf.

Für die FDP sind Senioren keine Randgruppe mit gesundheitlichen und versorgungsrechtlichen Ansprüchen. Wir wollen sicherstellen, dass diese Generation mitten in der Gesellschaft lebt. Ihre Erfahrungen und ihr Wissen darf nicht verloren gehen, sondern muss an die jüngere Generation weitergegeben werden.

Die FDP fordert daher:

- ☞ den Eintritt in den Ruhestand nicht zwangsweise an eine Altersgrenze zu binden, sondern sich nach den Bedürfnissen des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers zu richten. Das Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess kann auch stufenweise erfolgen.
- ☞ von den Arbeitgebern, insbesondere den Konzernen und mittelständischen Unternehmen, den Erfahrungsschatz der Älteren verstärkt zu nutzen.

- ☞ Fortbildungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer zu schaffen beziehungsweise zu erhalten.
- ☞ den Übergang aus dem Berufsleben in ein verstärktes ehrenamtliches Engagement zu fördern.

Zwangsläufig nehmen Probleme der Versorgung, der Gesundheitsvorsorge und der Betreuung im Alter eine zentrale Rolle ein.

Besonderen Schutzes bedürfen diejenigen, die in Einrichtungen des betreuten Wohnens, in Wohnheimen oder Pflegeheimen leben. Bremen muss sich ein modernes Heimrecht und Pflegerecht schaffen. Dies muss an den Bedürfnissen der älteren Menschen orientiert sein und zu einer Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen der Menschen in den Einrichtungen führen. Wir wenden uns gegen ein Übermaß an bürokratischer Kontrolle und Gängelei in diesen Einrichtungen. Für uns steht die Qualität der Leistungen der Einrichtungen im Vordergrund, die bestehenden Qualitätssicherungsvorschriften berücksichtigen jedoch in erster Linie die Struktur- und Prozessqualität. Wir treten daher für eine Neuordnung der Qualitätssicherungsvorschriften sowie der Aufsicht mit dem Ziel des Abbaus unnötiger Bürokratie ein. Uns geht es darum, dass es den Menschen in den Wohn- und Pflegeheimen besser geht.

Deshalb fordert die FDP unter anderem zur Heimunterbringung und Pflege:

- ☞ keine Absenkung der Pflegefachkraftquoten,
- ☞ keine Absenkung der Quoten für Heimeräte und externe Heimfürsprecher,
- ☞ mindestens zweimal im Jahr einen unangemeldeten Heimaufsichtsbesuch, statt einmal im Jahr mit vorheriger Anmeldung,
- ☞ Schaffung einer wirklich unabhängigen Heimaufsicht,
- ☞ Pflegeheime hinsichtlich der Kosten transparenter zu machen und eine Gewinnmaximierung zu Lasten der Pflegebedürftigen zu unterbinden.

Aus Sicht der FDP gehört zur Qualität eines erfüllten Familien- und Berufslebens, dass Menschen nicht auf Grund ihres Alters zu einer Randgruppe abgestempelt werden, sondern auch weiterhin als vollwertiges Mitglied dieser Gesellschaft gestaltend mitarbeiten können.

Mehr Verantwortung für die Zukunft

Die FDP setzt auf eine Politik für die Zukunft. Wir wollen, dass Bremen finanziell überleben kann. Doch das allein genügt nicht: Wir wollen, dass Bremen lebenswert ist. Daher setzen wir uns dafür ein, dass unsere Städte, Bremen und Bremerhaven und unsere Umwelt auch für unsere Kinder und Enkel ein lebenswertes Umfeld bieten werden. Wir werden daher bei all unseren Entscheidungen zwischen den wirtschaftlichen, den sozialen und den ökologischen Interessen der Bürger und Bürgerinnen abwägen.

Die FDP fordert daher:

- ☞ die konsequente Nutzung von Brachflächen für Wohnungsbau und Gewerbenutzung. Unsere wenigen erhaltenen Naturflächen müssen geschont werden, damit die Menschen sich stadtnah erholen können.
- ☞ die Nutzung der leer stehenden Schulgrundstücke und -gebäude für Wohnen und Gewerbe.
- ☞ keine Bebauung der Osterholzer Feldmark.
- ☞ zunächst das vorhandene Flächenpotenzial in bestehenden Baugebieten, Baulücken sowie kleineren erschlossenen Flächen in vorhandenen Stadtquartieren auszuschöpfen, bevor neue, kostenintensive Wohnungsbaugebiete entwickelt werden.
- ☞ die derzeitige Nachfragesituation (gesättigte Märkte) sowie die erkennbare Bevölkerungsentwicklung bei jeder Bauleitplanung zu berücksichtigen, um teure Fehlentwicklungen zu vermeiden.

- ☞ Abrissprämien auch für Privateigentümer zur Verhinderung beziehungsweise Beseitigung von Wohn- und Gewerbebrachen.
- ☞ Beschränkung der Windkraft auf die Standorte, an denen sie die Anwohner nicht stört. So nützlich Windkraft auch ist, Bremen ist als Großstadt eng besiedelt und die Zukunft der Stromerzeugung aus Windkraft liegt nicht in der Großstadt. Wir unterstützen hingegen das Ziel, Bremen und Bremerhaven weiter zum Produktionsstandort des Windenergieanlagenbaus auszubauen.
- ☞ weitere Anstrengungen zum Energiesparen, insbesondere des Landes und der Stadtgemeinden.

Die FDP tritt ein für eine Umweltpolitik durch Wettbewerb der besten Lösungen. Das gilt auch in der Abfallpolitik. Ziel ist es, die ökologischen Vorgaben effizienter und kostengünstiger zu erreichen. Dazu müssen wirtschaftliche Kriterien und neuere technische Entwicklungen berücksichtigt werden.

Es geht darum, die Aufgabe der Abfallentsorgung in der gleichen Qualität wie bisher, jedoch für die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen und Gewerbetreibende kostengünstiger wahrzunehmen und sie bei gleichbleibend hohen Entsorgungsstandards zu entlasten.

Bei der in Deutschland derzeit praktizierten Form der Mülltrennung durch die Verbraucher werden weniger Wertstoffe genutzt als möglich und sinnvoll wäre. Jüngere Projektstudien haben gezeigt, dass moderne automatisierte Sortieranlagen dazu in der Lage sind, Abfallfraktionen zuverlässig zu trennen und mittels einer solchen maschinellen Trennung von Gemischen aus Verpackungs- und Restmüll mehr Wertstoffe verwertet werden können, als dies derzeit mittels der getrennten Sammlung geschieht.

Die vollautomatischen Sortieranlagen sind wesentlich schneller, zuverlässiger und kostengünstiger, sofern die Organisationsstrukturen entsprechend angepasst werden.

Unsere Umwelt und unsere Kulturlandschaft kann nur gemeinsam mit den Naturnutzern und keinesfalls gegen sie geschützt werden. Daher setzen wir auf Vertragsnaturschutz statt auf Verordnungen. Landwirte, Jäger und Angler haben ein großes Interesse am Erhalt unserer Umwelt. Sie einzubinden und Menschen ein Erleben der Naherholungsgebiete zu ermöglichen, nützt der Umwelt, weil es die Akzeptanz des Umweltschutzes erhöht.

Auch Landwirtschaft ist Wirtschaft. Um gute Nahrungsmittel vor Ort erzeugen zu können, brauchen die Landwirte gute Erzeugerpreise, weniger Bürokratie und einen entsprechenden Ausgleich für unvermeidliche Belastungen und Erschwernisse.

Übersteigerte Vorstellungen von Umweltschutz hingegen überfordern die Leistungskraft Bremens. Wir werden nicht in der Lage sein, europäische Vorgaben über das Notwendige hinaus zu erfüllen. Und wir wägen ab zwischen den wirtschaftlichen und ökologischen Interessen der Menschen. Dazu gehört, dass wir es für wünschenswert halten, falls Kohlekraftwerke in Deutschland gebaut werden, diese auch in Bremen zu bauen. Denn die Technik neuer Kraftwerke ist allemal besser als die alter Kraftwerke.

Wir treten für ein gleichberechtigtes Nebeneinander von Individualverkehr und öffentlichem Personennahverkehr ein. Wir sind enttäuscht von der stetigen Verschlechterung der Bahnverbindung zwischen Bremen und Bremerhaven sowie Bremen-Nord. Wir fordern Bahnverbindungen an jedem Tag bis in die Nacht hinein. Wir wollen, dass es für jeden Bremer und Bremerhavener Bürger möglich wird, Abendveranstaltungen in Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven zu besuchen und anschließend mit der Bahn nach Hause zu fahren. Wir fordern, die ÖPNV-Mittel, die das Land Bremen vom Bund erhält, vorrangig für die innerbremischen Verbindungen zu nutzen.

Kultur ist Lebenselixier

Eine Stadt lebt von ihrer Kultur. Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven zeichnen sich durch ihre Kultureinrichtungen aus. Trotz aller Sparzwänge wollen wir sie in ihrer Eigenständigkeit erhalten und fördern.

Für das Theater halten wir das „Weimarer Modell“ für wegweisend. Dies sollte nach Meinung der FDP auch in Bremen umgesetzt werden. Das Theater soll aus dem öffentlichen Dienst und der Umklammerung des Staates befreit werden. Dem Theater soll ein fester Betrag pro Jahr zur Verfügung gestellt werden. Damit soll es eigenverantwortlich seine Aufgaben wahrnehmen. Allgemeine Kostensteigerungen sollen bei der Finanzierung berücksichtigt werden.

Dieses Modell ließe sich auf viele Einrichtungen übertragen und würde es ermöglichen, die Kulturbehörde drastisch zu verkleinern. Die kulturelle Arbeit sollen die Kulturschaffenden leisten. Die bremische Kulturbehörde soll sich auf ihre Vergaberolle beschränken.

Den Ausbauplänen der Kunsthalle steht die FDP positiv gegenüber, ist die Kunsthalle doch ein Besuchermagnet und Aushängeschild für die Stadt Bremen und die gesamte Region. Getragen vom Kunstverein ist die Kunsthalle wie der Bürgerpark ein Paradebeispiel bürgerschaftlichen Engagements. Wenn der nötige Eigenanteil erbracht wird, ist Bremen nach unserer Ansicht gefordert, seinen Anteil dazu beizutragen. Durch den Ausbau werden dauerhaft herausragende Ausstellungen möglich, die die Menschen an die Stadt binden.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass für die Stadtteilkultur, wie übrigens auch für den Sport, ausreichend Mittel zur Verfügung stehen. Daher befürwortet sie, dass auch künftig Einnahmen aus dem Wettgeschäft für diese Zwecke verwendet werden. Da durch Internet und das europäische Wettbewerbsrecht Monopole in diesem Sektor nicht erhalten bleiben werden, ist es unser Ziel, durch Konzessionsabgaben und dergleichen die zweckgebundenen Einnahmen zu sichern, bevor sie uns aus den Händen geschlagen werden.

Die Schätze unserer Museen verdienen es gezeigt zu werden. Insbesondere verdient es die Landessammlung „Nordseemuseum Bremerhaven“, wieder ein Domizil in der Seestadt zu finden.

Eine Kulturförderung nach dem Gießkannenprinzip lehnt die FDP ab. Auch Kunst muss sich im Wettbewerb behaupten, eine Künstlerförderung ohne Wettbewerb verkommt zur reinen Alimentierung.

Mehr Demokratie, mehr Bürgerbeteiligung

Seit Jahren setzen sich Liberale in Bremen und Bremerhaven für eine Stärkung der Demokratie ein. Das Grundgesetz sagt: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Wir wollen, dass diesem Gedanken stärker Rechnung getragen wird. Daher haben wir uns für ein neues Wahlrecht in Bremen stark gemacht und das Volksbegehren unterstützt. Wenn es nach der FDP gegangen wäre, würde schon zur Bürgerschaftswahl 2007 nach dem neuen Wahlrecht gewählt, doch unsere politischen Gegner haben dies verhindert und sich gegen ein Mehr an Demokratie gestellt.

Wir fordern, dass

- ☞ das neue Wahlrecht, zu dem sich so viele Bürgerinnen und Bürger im Volksbegehren bekannt haben, ohne nachträgliche Änderungen durch SPD und CDU verwirklicht wird.
- ☞ die Stadtverfassung Bremerhavens reformiert wird.

Die Aufgaben der Stadtteilbeiräte und der Ortsämter haben sich gewandelt. Vielfach gibt es in Stadtteilen gar keine Ortsämter im eigentlichen Sinne mehr. Oftmals verwalten Ortsamtsleiter keine Ämter mehr.

Daher fordern wir, dass

- ☞ die bisherigen Stadt- und Ortsteilbeiräte nicht zusammengelegt werden und die Einrichtung neuer Beiräte auf Ortsteilebene in Zukunft möglich bleibt. Die Entscheidungsmöglichkeiten der Beiräte sollen gestärkt werden. Außerdem sollen zukünftig Stadtteilbürgermeister statt Ortsamtsleiter die Geschicke der Stadtteile lenken.
- ☞ als Folgerung der erfolgreichen Direktwahl der Beiräte eine Direktwahl der Stadtteilbürgermeister für die Dauer der jeweiligen Legislaturperiode erfolgt.
- ☞ stellvertretende Stadtteilbürgermeister aus der Mitte der Beiräte gewählt werden, um die hauptamtlichen Stadtteilbürgermeister bei

ihrer Arbeit zu unterstützen. Sie sollen für ihre Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung erhalten.

- ☞ die Entscheidungsrechte der Beiräte in Angelegenheiten des Stadtteils ausgeweitet werden und Beiräte ein Vetorecht in reinen Stadtteilangelegenheiten erhalten.
- ☞ die Zuständigkeit für die Beiräte bei der Senatskanzlei angesiedelt wird.
- ☞ die Globalmittel der Beiräte in Zukunft nicht weiter gekürzt werden.
- ☞ stadtteilbezogene Budgets zum Beispiel für die Pflege von Spielplätzen und Grünflächen eingerichtet werden. Über die Verwendung dieser Budgets sollen die Beiräte eigenständig entscheiden.

Ferner setzen wir uns nach den Erfahrungen mit dem erfolgreichen Volksbegehren zur Änderung des Wahlrechts dafür ein, dass die Hürden für Volksbegehren gesenkt werden. Zukünftig sollten nur noch 5 Prozent der Wahlberechtigten unterschreiben müssen, um ein Begehren zum Erfolg zu führen. Ferner sollten die Unterschriften aus der vorhergehenden Initiative auf ein anschließendes, unverändertes Volksbegehren angerechnet werden, so dass Bürger nicht doppelt Unterstützerunterschriften leisten müssen.

Stichwortverzeichnis

A

A 281	7
Abfallpolitik	50
Abrissprämie	50
Abwasserentsorgung	6
Abwassergebühren	6
Anonyme Geburt	44
Arbeit	1; 3; 5; 22; 25; 29; 45; 46; 52; 54
Arbeitnehmerkammer	5
Arbeitsgericht	30
Arbeitsstättenverordnung	10
Aufgabenkritik	36
Aufklärungsquote von Straftaten	24
Ausbildungsordnung	19
Ausbildungspakt	18
Ausbildungsreife	16; 17; 19
Autoumschlag	7

B

Baulücken	49
Behinderte	46; 47
Bereitschaftspolizei	25
Beruf	43; 45
Berufsfeuerwehr	29
Berufsgenossenschaften	11
Berufsschule	18
Beschaffungskriminalität	27
Beschleunigtes Verfahren	26; 28
Betriebskindergarten	14; 43
Bildungsurlaubsgesetz	10
Brachflächennutzung	49
Bremer Lagerhaus Gesellschaft	40
BrePark	40
Bundeshilfen	1
Bürgerbeteiligung	53
Bürgergeld	4; 5
Bürgergesellschaft	30
Bürgernähe	23; 25; 30
Bürgerpark	52
Bürokratie	5; 6; 9; 10; 12; 19; 24; 48; 51
Bürokratieabbau	6; 7; 12

C

Containerterminal	7
-------------------	---

D

Deichverbände	29
Dezentralisierung der Polizei	24
Digitalfunk	23
Durchlässigkeit des Schulsystems	16

E

Einkommenssteuer	3; 4; 38
Einzelhandel	9
Elektronische Fußfesseln	32
Energiesparen	50
Erziehungshilfen	26

F

Familie	4; 43; 44
Farbvandalismus	27
Flughafen	8
Föderalismusreform	12; 37
Forschung	7; 8; 9; 21
Freiheit	1; 9; 15; 23; 30; 39
Freiwillige Feuerwehr	29
Frühkindliche Bildung	13

G

Ganztagsschule	18
Generationen	1; 35; 47
Generationenbilanz	35
Gewerbesteuer	6
Gleichberechtigung	44; 45
Globalmittel der Beiräte	54
Glücksspiel	32
Grundschule	14; 18
Grundsteuer B	6
Gymnasium	16

H		Kulturförderung	52
Häfen	6; 7; 8	Kunsthalle	52
Handelsregister	5	Künstliche Intelligenz	21
Handwerk	16; 18	Kunstverein	52
Handwerker	5; 6; 9	Küstenautobahn	8
Hartz IV	3	Küstenschutz	29
Haus der Wissenschaft	21		
Hausaufgabenbetreuung	18	L	
Heimbeiräte	48	Ladenöffnungszeiten	10
Heimfürsprecher	48	Landwirte	51
Hochschule Bremen	8	Landwirtschaft	51
Hochschule Bremerhaven	9	Lebenspartnerschaften	44
Hochschule für Künste	9	Lehrer/Lehrerinnen	15; 18
Hochschulentwicklungsplan	20	Logistik	6; 7; 8; 21
Hochschulreife	17	Lohnnebenkosten	4; 11
		Lohnsteuer	3
		Luft- und Raumfahrt	8; 21
I			
Individualverkehr	51		
Interdisziplinarität	21	M	
		Marktwirtschaft	3
J		Meerestechnologie	8
Jacobs University Bremen	8	Mehrwertsteuer	4; 38
Jade-Weser-Port	8	Messegesellschaft	40
Jäger	51	Metropolregion Bremen-	
Jugendhilfe	14; 15	Bremerhaven-Oldenburg	41
Jugendkriminalität	26	Mittelstand	5; 47
Jugendliche	10; 14; 15; 16; 17; 19; 26; 27; 31; 32	Mittelstandsförderungsgesetz	5
Jugendvollzug	31	Mülltrennung	50
Justizpolitik	30	Museen	22; 52
Justizvollzug	31; 32		
		N	
K		Naherholung	51
Kammermitgliedschaft	11	Nahrungsmittelindustrie	7
Katastrophenschutz	28	Neuordnung des Finanzausgleichs	38
Kfz-Zulassung	5; 10	Nordseemuseum Bremerhaven	52
Kinder	3; 13; 14; 15; 17; 26; 36; 43; 44; 45; 47; 49	Nordumgehung Bremerhaven	7
Kindergarten	13; 14; 27; 43; 47		
Kleinkinderbetreuung	43	O	
Kombilohn	4	Obdachlose	39
Konnexitätsprinzip	38	Öffentlicher Personen-	
Kooperation mit anderen Bundesländern	37	nahverkehr (ÖPNV)	51
Krankenhaus	40	Opferschutz	30; 31
Kriminalität	23; 24; 25; 26; 27; 46	Opferschutzgesetz	31
Kriminalitätsprävention	27	Organisiertes Verbrechen	25
Krippenplätze	13	Ortsämter	53
Kultur	3; 9; 33; 51	Osterholzer Feldmark	49
Kulturbehörde	52		

P

Pensionsverpflichtungen	35
Persönliches Budget	46
Pflege	45
Pflegefachkräfte	48
Pflegeheim	48
Pilotregion für Bürokratieabbau	6
Polizei	23; 24; 25; 26; 27; 28; 31
Polizeirevier	24
Privatschulen	17; 46

Q

Quartiere (Stadt-)	49
--------------------	----

R

Rasterfahndung	30
Rettungsdienst	28; 29
Richterwahlausschuss	30
Robotik	21

S

Schattenhaushalte	35
Schornsteinfeger	6
Schuldenlast	1
Schulstandortkonzept	17
Selbstständigkeit	1; 35; 38; 41
Senioren	25; 47
Sicherheit	1; 23; 24; 28; 30; 32
Sicherungsverwahrung	32
Sozialgericht	30
Sozialhilfe	3
Sozialleistungen	4; 15
Sparzwang	1; 51
Sport	18; 33; 52
Sprachstandserhebung	14
Staatliche Schulen	17
Stadtteilangelegenheiten	54
Stadtteilbeiräte	53
Stadtteilkultur	52
Stadtteilschule	16
Stalking	24
Standortbedingungen	7
Standard-Kosten-Modell	11; 12
Steuersätze	3; 4
Steuersenkung	4
Studierfähigkeit	3

T

Tagesmütter	13; 43
Tarifvertrag	11
Technologie	6; 8
Theater	52

U

Überseestadt	9
Übertragung staatlicher Aufgaben	5; 10
Umweltschutz	33; 51
Universität	7; 8; 13; 20
Universum	21
Uni-Wildnis	8

V

Vandalismus	28
Vergleichsarbeiten	17
Verkehrsunfalldienst	25
Vermögensveräußerungen	1
Verwaltungsgericht	30
Videoüberwachung	28
Volksbegehren	53; 54

W

Wachstum	3; 4; 5; 6; 38
Wasserentsorgung	6
Weiterverarbeitungsanteil	7
Wesertunnel	7
Windkraft	50

Z

Zivilschutz	28
Zuwanderer	45; 46
Zwangsmitgliedschaft	5
Zweitkraft in der Kindergartengruppe	14

Freie Demokratische Partei

Landesverband Bremen

Sandstraße 2

28195 Bremen

Tel.: 0421 / 222 7 222

Fax: 0421 / 342 145

info@fdp-bremen.de

www.fdp-bremen.de